

Aktuelle Trends

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur 2002 und 2003:
Achillesferse Investitionstätigkeit

Kristina van Deuverden

Konsolidierung dominiert Finanzpolitik

Hans-Ulrich Brautzsch/Gabriele Hardt/Birgit Schultz

Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von
arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Juni 2002

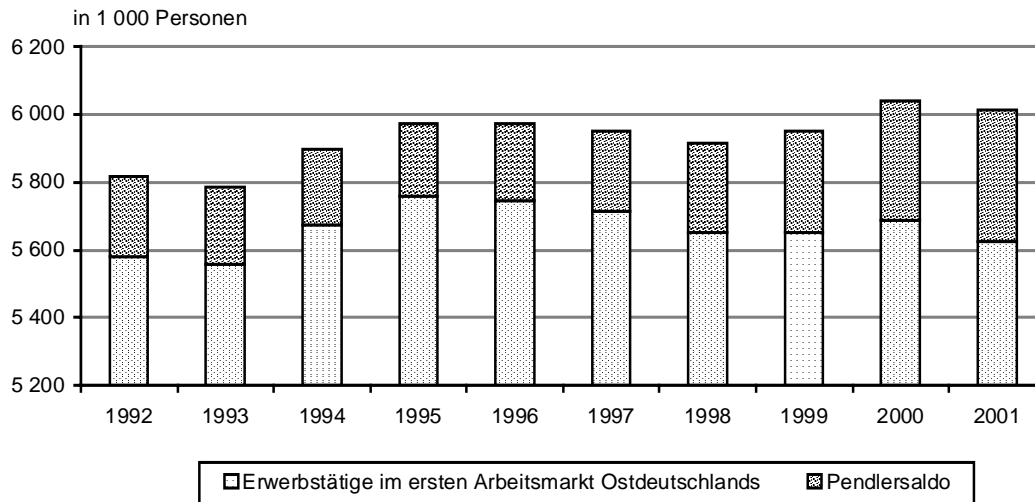
10/2002

31.07.2002, 8. Jahrgang

Aktuelle Trends

Hohe Zahl der Auspendler entlastet Arbeitsmarkt in Ostdeutschland

– Erwerbstätige Inländer im ersten Arbeitsmarkt –



Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Juni 2002); Berechnungen des IWH; 2001: Schätzung des IWH.

Mit dem kräftigen Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Produktionswachstums in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sank auch die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands deutlich. Zwischen 1995 und 2001 gingen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost) per saldo 130 000 Arbeitsplätze verloren. Im gleichen Zeitraum stieg der Pendlersaldo – das ist die Differenz von aus- und einpendelnden Personen (ohne Berlin) – von 217 000 auf geschätzt 385 000 Personen. Der Verlust an Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt wurde damit durch den kräftig gestiegenen Pendlerüberschuss mehr als kompensiert. Im gleichen Zuge erreichte die Beschäftigung für Ostdeutsche im ersten Arbeitsmarkt in- und außerhalb der neuen Bundesländer, das heißt die Zahl der erwerbstätigen Inländer im ersten Arbeitsmarkt, im Jahr 2000 den höchsten Stand seit 1995. Damit führten die stark zunehmenden Pendlerströme insbesondere nach Westdeutschland zu einer Entlastung am ostdeutschen Arbeitsmarkt. Dies ist um so bemerkenswerter, da sich diese Entwicklung vor dem Hintergrund einer tendenziellen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in Westdeutschland vollzog: Betrug dort die Arbeitslosenquote – gemessen am Anteil der registrierten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Inland) – im Jahr 1991 „nur“ 5,1%, so war sie im Jahr 2001 mit 7,3% fast anderthalb mal so hoch.

Die an sich schon hohe Unterbeschäftigung in Ostdeutschland wäre ohne den Pendlerüberschuss noch größer. Unterstellt man, dass die Zahl der Arbeitslosen oder anderer Unterbeschäftigter in Höhe des Pendlerüberschusses zunehmen würde, so hätte im Jahr 2001 die Unterbeschäftigungsquote statt bei 22,0% sogar bei 27,1% gelegen. Insgesamt wird wegen des noch geringen Produktionswachstums der Pendlerüberschuss in diesem und im nächsten Jahr weiter zunehmen.

Hans-Ulrich Brautzsch
(*Hans-Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de*)

Konjunktur 2002 und 2003: Achillesferse Investitionstätigkeit

Die Weltwirtschaft hat im vergangenen Winterhalbjahr ihr Tief überwunden. In den USA gab es in den ersten Monaten dieses Jahres infolge der kräftigen geld- und fiskalpolitischen Anregungen einen temporären Wachstumsschub, in Westeuropa nahm die gesamtwirtschaftliche Aktivität etwas zu, und selbst in Japan scheint der Abwärtstrend unterbrochen zu sein. Allerdings hat der konjunkturelle Aufschwung in den großen Wirtschaftsregionen mit einer Schiefelage begonnen. Er geht bislang an der Investitionstätigkeit vorbei. Wesentliche Gründe sind die Ernüchterung über die ökonomischen Implikationen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die unbefriedigende Ertragsituation der Unternehmen und der mit beidem verbundene Kursverfall an den Aktienmärkten, nicht zuletzt aber auch die politischen Unwägbarkeiten im Kampf gegen den Terrorismus. Treibende Kräfte der wirtschaftlichen Belebung sind bislang in den USA der Konsum und in Westeuropa der Export. Sie stützen die Konjunktur, garantieren aber allein noch keine dauerhafte Erholung. Die konjunkturelle Dynamik wird sich erst mit der Rückkehr des Investorenvertrauens festigen. Hier wird angenommen, dass dies im Wechselspiel mit den Übertragungswegen konjunktureller Impulse geschieht und dass von Seiten der Finanzmärkte keine wesentlichen neuen Belastungen ausgehen. Der Aufschwung in der Weltwirtschaft wird dann im weiteren Verlauf dieses Jahres anziehen. Mit der Abschwächung der fiskalpolitischen Impulse in den USA und der zu erwartenden Straffung der geldpolitischen Zügel in Amerika und Europa wird sich jedoch das Expansionstempo im nächsten Jahr verlangsamen.

In Deutschland und in der Eurozone insgesamt liegt der Schwachpunkt des begonnenen Aufschwungs nicht allein bei der Investitionstätigkeit, sondern bei der Binnenkonjunktur überhaupt. Die Anstöße zum Verlassen der Talsohle der Produktion kamen bislang von der konjunkturellen Erholung im Ausland, insbesondere in den USA. Sie halfen zwar, den Tiefpunkt zu überwinden, reichten aber zunächst nicht aus, den Aufschwung auf eine breite Basis zu stellen. In den meisten Ländern der Eurozone wird dies jedoch zunehmend gelingen, sodass die gesamtwirtschaftliche Produktion nach

einer kräftigen Beschleunigung im Verlauf ihr Vorjahresniveau um 1,2% überschreiten und im Jahr 2003 um 2,6% wachsen wird.

In Deutschland hielt die Flaute bis in das Frühjahr hinein an, und die Konjunkturperspektiven hellen sich trotz der nach wie vor günstigen monetären Rahmenbedingungen nur langsam auf. Konsumenten gewinnen ihre Kauflust und Investoren ihr Vertrauen erst allmählich zurück. Bislang wird das Ausgabegebaren der privaten Haushalte vom Preissprung zu Beginn des Jahres und von der hohen und vorerst noch steigenden Arbeitslosigkeit gebremst. Insgesamt blieb die Konjunktur im ersten Halbjahr gespalten. Die Inlandsnachfrage war gedrückt, während die Exporte stiegen. Die Käufe wurden weitgehend aus Lagerbeständen gedeckt, die nur teilweise wieder aus heimischer Produktion oder Einfuhren aufgefüllt wurden. So blieb auch die Importnachfrage stark rückläufig, und die Produktion nahm nur leicht zu.

Der Export wird, wie nach vergangenen Konjunkturtiefs in Deutschland häufig beobachtet, erst dann eine höhere konjunkturelle Dynamik auslösen, wenn der externe Impuls auf die Inlandsnachfrage übergreift. Bei anhaltender Ausweitung der Exporte wird diese Anregung zunächst über Investitionen, mit der üblichen Verzögerung auch über mehr Beschäftigung auf die Binnenwirtschaft übertragen. Von den Beschäftigungs- und Einkommenszuwächsen profitiert der private Konsum. In Deutschland werden die Investitionstätigkeit und der Konsum erst in der zweiten Jahreshälfte die Wende zum Aufschwung vollziehen. Die Spaltung der Konjunktur wird überwunden. Im Durchschnitt werden die Anlageinvestitionen das Vorjahresniveau noch um 2,5% unterschreiten, und der private Konsum wird es um nur 0,3% übertreffen.

Das Jahr 2003 verspricht eine Kräftigung der Konjunktur in Deutschland. Die Basis wird sich verbreitern, das Verhältnis zwischen den Triebkräften wird sich umkehren. Die Inlandsnachfrage, hier die Anlageinvestitionen und der private Konsum, werden verstärkt expandieren, während die Exporte etwas an Zugkraft verlieren werden. Impulse werden von allen Nachfragekomponenten kommen.

Das Wachstum der Produktion wird im Verlauf des Jahres 2003 nachlassen. Die Anregungen von der Geldpolitik schwächer werden, die Forcierung des Konsolidierungskurses der öffentlichen Haushalte wird Bremsspuren hinterlassen. Beim Vergleich des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt wird im Jahr 2003 allerdings mit 2,5% eine deutlich höhere Zuwachsrates gemessen werden, nach knapp einem Prozent in diesem Jahr.

Für den Arbeitsmarkt bedeuten diese Entwicklungen ein Ende des Beschäftigungsabbaus im späteren Verlauf dieses Jahres und einen Aufbau an Beschäftigung im nächsten Jahr. Allerdings wird sich die Begründung neuer Beschäftigungsverhältnisse – auch wegen des Kurswechsels in der Lohnpolitik – in engeren Grenzen als beim Aufschwung 1999/2000 halten. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Durchschnitt dieses Jahres bei fast vier Millionen liegen und im nächsten Jahr auf 3,8 Millionen zurückgehen.

In der neuen Tarifrunde haben die Vertragsparteien den Kurs der moderaten Lohnanhebung verlassen. Die Lohnzuwächse im Unternehmenssektor gehen in den kommenden Monaten über den vom trendmäßigen Produktivitätsanstieg und der erwarteten Teuerung gesetzten Rahmen hinaus und leisten damit weder einen Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit noch zur Überwindung der Schieflage im Aufschwung. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wird von der Kostenseite einen Dämpfer erhalten. Die Lohnstückkosten werden nicht wieder sinken wie im Boomjahr 2000, sondern steigen, die Gewinneinkommen werden langsamer als zuvor zunehmen.

Die Finanzpolitik wird über den gesamten Prognosezeitraum restriktiv wirken. Die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte dürften angesichts der Verfehlung der Defizitziele in der jüngsten Vergangenheit im nächsten Jahr forciert werden. Trotz der bereits beschlossenen und noch zu erwartenden Ausgabenbegrenzungen wird in Deutschland das Ziel, einen „nahezu ausgeglichenen“ öffentlichen Gesamthaushalt bereits im Jahr 2004 vorzuweisen, nicht erreicht werden. Auch in anderen großen Ländern der Eurozone werden von der Finanzpolitik eher restriktive Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2002 und 2003

	2001	2002	2003
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	1,1	0,3	2,1
Staatskonsum	1,7	1,3	1,2
Anlageinvestitionen	-4,8	-2,5	3,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3,6	-4,5	6,6
Bauten	-5,8	-0,9	0,1
Inländische Verwendung	-1,0	-0,1	3,0
Exporte	4,7	4,2	8,7
Importe	0,1	1,6	10,9
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,9	2,5
dar.: Ostdeutschland*	-0,1	0,5	2,2
Nachrichtlich: USA	1,2	3,0	4,0
Euroraum	1,4	1,2	2,6
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,0	2,8	2,9
Effektivlöhne je Stunde	2,2	2,9	3,0
Lohnstückkosten ^a	0,6	1,3	0,8
Preisindex für die Lebenshaltung	2,5	1,7	1,8
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 773	38 672	38 872
Westdeutschland**	32 974	32 944	33 142
Ostdeutschland*	5 799	5 728	5 730
Arbeitslose ^c	3 852	3 998	3 840
Westdeutschland**	2 592	2 728	2 608
Ostdeutschland*	1 259	1 270	1 232
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	9,0	9,4	9,0
Westdeutschland**	7,3	7,6	7,3
Ostdeutschland*	17,8	18,1	17,7
	<i>in % des nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-2,6	-1,7

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in herkömmlichen Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2002: Prognose des IWH (Stand: 03. Juli 2002).

Der Aufschwung in der Eurozone verläuft weitgehend ohne Verspannungen. Die Produktionsmöglichkeiten werden erst im weiteren Verlauf des nächsten Jahres ausgeschöpft werden, sodass von dieser Seite keine Inflationsgefahren ausgehen dürften. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird allerdings zur frühzeitigen Abwendung von Inflationsrisiken den wichtigsten Refinanzierungssatz noch in diesem Jahr um 1/2 Prozentpunkt anheben. Die bislang expansiven Wirkungen werden zwar nach der Zinsanhebung durch die EZB im nächsten Jahr zurückgehen. Weil aber die Realzinsen zur Zeit recht niedrig sind und die EZB auch in nächster Zukunft einen drastischen Kurswechsel vermeiden wird, sind restriktive Impulse von der Geldpolitik nicht zu erwarten. Ähnliches gilt auch für die derzeitige Aufwertungstendenz des Euro. Die Vertrauenskrise an den Finanzmärkten hat zu einer Schwächung des Dollar geführt, deren Ausmaß noch gering und deren Nachhaltigkeit nicht voraussehbar ist. Sollte es allerdings zu einem Absturz des Dollar kommen, wäre mit einschneidenden Konsequenzen für die Weltwirtschaft und für Deutschland zu rechnen.

Internationale Konjunktur

Weltkonjunktur: Auf schmalem Grat bergauf

Die Hoffnungen auf eine Erholung der Weltwirtschaft von der letztjährigen Schwächephase sind in diesem Frühjahr nicht enttäuscht worden: Die Angaben aus den großen Volkswirtschaften sind überwiegend positiv. Der expansive Kurs der wichtigsten Zentralbanken und der US-Finanzpolitik hat Früchte getragen. Das Bruttoinlandsprodukt der USA nahm im ersten Quartal besonders stark zu. Die wirtschaftliche Erholung in der Eurozone entsprach im Großen und Ganzen den Erwartungen, und auch das konjunkturelle Sorgenkind Japan scheint im ersten Vierteljahr zumindest vorerst einen Weg aus der Rezession gefunden zu haben. Die Wirtschaft Mittel- und Osteuropas und das Gros der südostasiatischen Volkswirtschaften befinden sich weiterhin auf Expansionspfad. Nur für Südamerika haben sich die Aussichten eingetrübt: Unsicherheiten über die politische Entwicklung in Brasilien haben Währung und Finanztitel des Landes stark belastet. Aber auch dort stehen

die Chancen immer noch gut, dass eine tiefe Strukturkrise wie in Argentinien vermieden werden kann.

Der Welthandel ist nach ersten Schätzungen seit dem ersten Quartal dieses Jahres wieder auf Expansionskurs. Allerdings bleibt die Weltkonjunktur von weiteren Risiken belastet; diese gehen nicht allein von weltpolitischen Spannungen oder vom volatilen Ölpreis aus. Ein schärferer Blick auf das konjunkturelle Bild der wichtigen Volkswirtschaften lässt auch beachtliche ökonomische Risiken erkennen.

Risiken für die Weltkonjunktur:

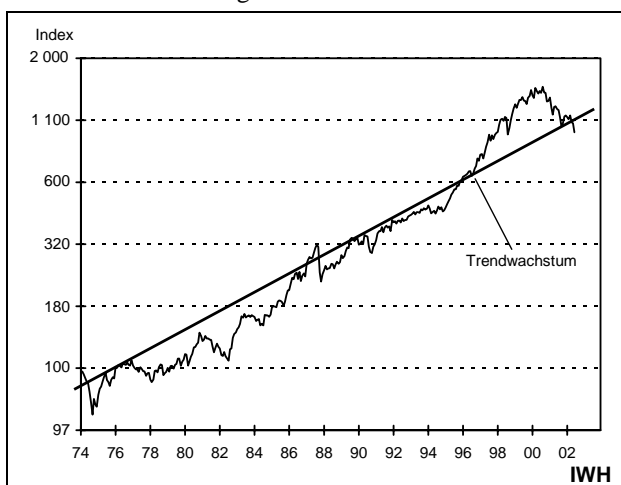
Schwaches Investorenvertrauen und Dollarkurs

Sowohl in den USA als auch im Euroraum und in Japan ist die Belebung bisher an den Investitionen vorbeigegangen. Offenbar haben die Unternehmer noch nicht wieder voll Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere in die Rentabilität zusätzlicher Investitionen gefasst. Dieses weltweit verbreitete Phänomen dürfte mit der Neubewertung der wirtschaftlichen Implikationen der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zusammenhängen: Es setzt sich die Erkenntnis durch, dass ein verbesserter Informationsfluss zwar zu Effizienzgewinnen, aber auch häufig zum Abbau von Marktbarrieren und Gewinnmargen führt. Darüber hinaus haben Skandale um die bewusst irreführende Bewertung von Unternehmen, wie die Fälle Enron und WorldCom in den USA, das Vertrauen in den Wert von Finanzmarktinformationen getrübt. Die daraus resultierende Zurückhaltung der Anleger auf den Risikokapitalmärkten belastet über verschlechterte Finanzierungsbedingungen wiederum die realwirtschaftlichen Investitionen. Allerdings sind selbst die zuletzt stark rückläufigen Börsenkurse in den USA aus langfristiger Perspektive nicht niedrig. Das zeigt ein Blick auf die Entwicklung des breit angelegten Aktienindex S&P 500 seit 1974. Die hinter diesem Index stehenden Gewinnerwartungen sind wohl realistischer, aber nicht pessimistisch geworden. Trotzdem: Soll sich der weltwirtschaftliche Aufschwung fortsetzen, muss sich das Vertrauen in den nächsten Monaten nach und nach wieder festigen.

Die seit März anhaltende Schwächung des Dollar gegenüber den übrigen wichtigen Währun-

gen dürfte zu einem Gutteil Folge dieser allgemeinen Verunsicherung sein. Denn der Hauptschauplatz sowohl der neuen Informationstechnologien als auch der Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten sind die USA. Herkömmliche Erklärungsansätze passen jedenfalls nicht zur gegenwärtigen Schwächung des Dollar: So ist es in den letzten Monaten weder zu einer nennenswerten Änderung in den Zins-, noch in den erwarteten Wachstumsdifferenzialen zwischen den USA und dem Euroraum oder Japan gekommen.

Abbildung 1:
Entwicklung der US-Aktienwerte anhand S&P 500
- Monatswerte auf logarithmischer Skala -



Quellen: Standard & Poor's; Berechnungen des IWH.

Schon lange haben allerdings viele Ökonomen unter Verweis auf das Leistungsbilanzdefizit der USA vor den Gefahren einer Überbewertung des Dollar gewarnt. Eine Verringerung des Defizits ist vor allem durch eine weitere Abwertung des Dollar zu erwarten. Würde sich diese Abwertung demnächst sturzartig vollziehen, könnten abrupte Anpassungsreaktionen auf den Kapital- und Gütermärkten die Weltkonjunktur gefährden.

Es ist freilich irreführend, das Leistungsbilanzdefizit pauschal als vorübergehendes Ungleichgewichtsphänomen anzusprechen. Es ist vielmehr zum Teil Folge der Tatsache, dass die USA weltweit als dynamische Wirtschaftsregion und langfristig attraktiver Platz für Finanzinvestitionen angesehen werden. Der daraus resultierende Import von Finanzkapital¹ findet im realen Sektor seine

¹ Der Zustrom an Kapital verhält sich auch komplementär zur stetigen Zuwanderung von Arbeitskräften. Die Immig-

Entsprechung in einem Überschuss von Importen über die Exporte. Das Handelsbilanzdefizit wird wiederum durch die Dollarstärke ermöglicht, weil ein starker Dollar die US-Produkte relativ zu internationalen Gütern verteuert. Dieser Zustand kann im Prinzip so lange fortdauern, wie die weltweite Einschätzung über die Attraktivität der USA als Investitionsstandort anhält. Als Risiko für die Weltkonjunktur sollte deshalb nicht ein starker Dollar und das Leistungsbilanzdefizit an sich, sondern lediglich dessen Ausmaß von zuletzt gut 4% des Bruttoinlandsprodukts angesprochen werden. Eine Normalisierung hängt freilich nicht allein von einer nominalen Abwertung des Dollar ab: So wertet der Dollar zur Zeit gegenüber dem Euro selbst dann real ab, wenn der nominale Wechselkurs konstant bleibt, weil seit September vergangenen Jahres die Preissteigerung im Euroraum höher ist als in den USA.

Die Prognose unterstellt, dass die Verunsicherung der Investoren ein vorübergehendes Phänomen bleibt: Geeignete Korrekturen der amerikanischen Finanzmarktordnung werden das Vertrauen der Investoren wieder herstellen, und der Dollar wird nicht sturzartig an Wert verlieren.

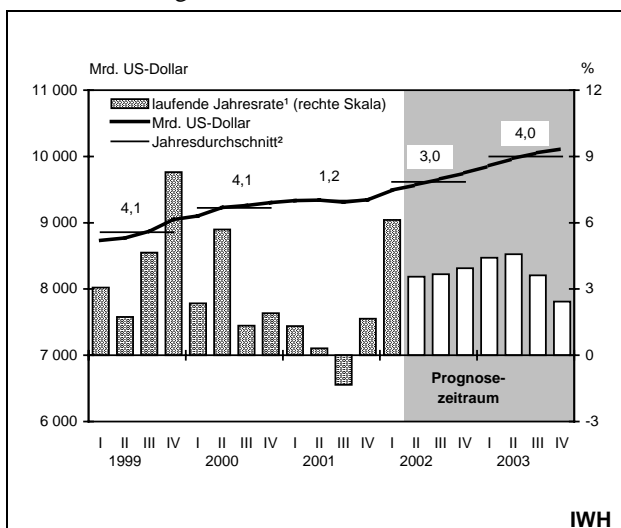
USA: Aufschwung gewinnt an Breite

In den vergangenen Monaten hat sich die Konjunktur in den USA deutlich belebt. Während zur Jahreswende noch die Möglichkeit eines erneuten Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts diskutiert wurde, so stehen laut der letzten Schätzung mit einer Wachstumsrate von annualisiert 6,1% für das erste Quartal 2002 die Zeichen auf Aufschwung. Der private Konsum hat sich – entgegen den Erwartungen vieler – mit einer laufenden Jahresrate von 3,3% stabil entwickelt. Mit Abstand den größten Anteil am Wirtschaftswachstum hatte jedoch der verlangsamte Lagerabbau, der – für sich genommen – schon einen Wachstumsbeitrag von annualisiert 3,4 Prozentpunkten ausmachte. Die Ursache für diese Entwicklung liegt noch im vierten Quartal 2001. Aufgrund des robusten privaten Konsums am Ende des vergangenen Jahres sind einige Hersteller – vor allem in der Automobilbranche – im neuen Jahr dazu übergegangen, ihre Lager wieder

rentanzahl belief sich in den letzten Jahren auf immerhin jährlich 0,3% der Bevölkerung.

aufzufüllen. Hingegen wurde die Entwicklung erneut negativ von den Investitionen beeinflusst. Hierbei gingen die Unternehmensinvestitionen² mit einer laufenden Jahresrate von 6,2% zurück, was jedoch teilweise von der Rekordentwicklung im privaten Wohnungsbau ausgeglichen wurde. Die staatliche Nachfrage ist erneut gegenüber dem Vorquartal deutlich gestiegen, was vor allem auf die erhöhten Verteidigungsausgaben zurückzuführen ist. Sowohl die Finanzpolitik mit den in diesem und im vergangenen Jahr beschlossenen Konjunkturmaßnahmen als auch die Geldpolitik mit einer *Federal Funds Target Rate* auf einem Vierzigjahrestief von 1,75% wirken weiterhin sehr expansiv.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2002: Prognose des IWH.

Im zweiten Quartal 2002 hat sich die generell positive Entwicklung fortgesetzt, wenn auch in abgeschwächter Form, da vom Lager nicht wieder ein so deutlicher Impuls auftrat. Auf der anderen Seite haben die Unternehmensinvestitionen nicht mehr abgenommen und der private Konsum expandierte weiterhin. Ebenfalls positiv auf die Konjunktur wirkte sich der seit März fallende US-

² Die Unternehmensinvestitionen enthalten hier nicht den Wohnungsbau.

Dollarkurs aus. Der Außenbeitrag dürfte deshalb nicht so negativ ausgefallen sein wie noch im vergangenen Vierteljahr. Dieser Effekt schwächt sich allerdings bei der erwarteten Stabilisierung des Wechselkurses wieder ab.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres beschleunigt sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum geringfügig, wenn auch stetig. Mit der Wiederkehr des Vertrauens der Unternehmen in die wirtschaftliche Entwicklung erreicht die konjunkturelle Wende die Investitionstätigkeit. Positiv wirkt sich auch der weiterhin stabile Konsum aus, der von einer leichten Belebung am Arbeitsmarkt unterstützt wird. Die Arbeitslosigkeit wird sich zwar nicht schnell, aber kontinuierlich verringern. Die staatliche Nachfrage kann ihre Beschleunigung, wie sie nach dem 11. September 2001 zu beobachten war, nicht beibehalten und fällt auf niedrigere Zuwachsraten zurück. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2002 mit 3% wachsen.

Der Aufschwung wird sich auch zu Beginn des kommenden Jahres fortsetzen, wobei besondere Dynamik von den Investitionen ausgeht. Im Unterschied dazu flacht das Wachstum des privaten Konsums wieder ab. Des Weiteren dämpft ein wieder stärker negativer Außenbeitrag die Expansion ein. Hieraus ergibt sich, dass in der zweiten Hälfte des Jahres 2003 die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts wieder auf langfristige Durchschnittswerte zurück geht. Im Vergleich zu 2001 wird die US-Wirtschaft im kommenden Jahr um 4% expandieren.

Japan: Ein gutes Quartal bedeutet noch keine Erholung

Nach ersten nationalen Schätzungen wurde in Japan die Produktion im ersten Quartal 2002 überraschend stark ausgeweitet. Sie expandierte um 1,4%, was einer Jahresrate von 5,7% entspricht.³ Mit einem Zuwachs von 6,4% gegenüber dem Vorquartal legten die Exporte aufgrund des schwachen Yen und der gestiegenen weltwirtschaftlichen Nachfrage besonders stark zu. Auch der private

³ Wie in den letzten Jahren ist allerdings damit zu rechnen, dass die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts bei der Veröffentlichung der Zahlen für das zweite Quartal nach unten angepasst wird. Diese Erwartung wird weiterhin unterstützt von der Tatsache, dass eine Anpassung der statistischen Messmethoden und der Saisonbereinigung ansteht.

Konsum expandierte – unterstützt von dem wie häufig im ersten Quartal steigenden Automobilabsatz – um 1,6%. Dagegen gingen die Investitionen um 3,2% weiter zurück, und auch die Gewinne der Unternehmen sind um 14,6% gegenüber dem Vorquartal nochmals gesunken. Insgesamt hat sich das japanische Bruttoinlandsprodukt zwar positiv entwickelt; hierfür waren aber externe Sonderfaktoren verantwortlich, die der Binnenwirtschaft kaum dauerhafte Impulse geben.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich der private Konsum nicht wesentlich erhöhen, da von Seiten des Arbeitsmarktes und der allgemeinen konjunkturellen Aussichten keine deutliche Verbesserung zu erwarten ist. Der expansive Einfluss der Exporte schwächt sich ebenfalls wieder ab. Auch 2003 wird sich bei Ausbleiben von geeigneten Reformen die japanische Wirtschaft nicht aus ihrer strukturellen Krise lösen können. Sie wird lediglich durch einen steigenden Welthandel Impulse für eine leichte Aufwärtstendenz erhalten.

Moderater Aufschwung im Euroraum

Im Euroraum hat der Aufschwung im ersten Quartal 2002 begonnen. Er war allerdings zunächst noch unausgewogen, da das Produktionswachstum vorwiegend durch einen starken Anstieg der Exporte gesichert wurde. Die Inlandsnachfrage hingegen war zu Jahresbeginn noch schwach. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und insbesondere die Investitionen der Unternehmen sind im ersten Vierteljahr im Vergleich zur Vorperiode gesunken. Die Investitionen waren damit bereits seit fünf Quartalen rückläufig.

Für einen anhaltenden Aufschwung ist ein Anziehen der Inlandsnachfrage erforderlich. Die vorliegenden Frühindikatoren deuten auf ein Überwinden der Investitionsschwäche im weiteren Verlauf des Jahres hin. So steigt das von der EU-Kommission in Unternehmensumfragen ermittelte Industievertrauen seit seinem Tiefpunkt im vergangenen November kontinuierlich. Der Zuwachs der Investitionen dürfte allerdings im Jahr 2002 noch moderat bleiben. Für eine zunächst nur geringe Ausweitung spricht die Tatsache, dass sich der Rückgang der Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe bis Jahresmitte fortgesetzt hat, wenn auch in abgeschwächtem Tempo. Mit der Festigung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs

werden sich im weiteren Verlauf dieses Jahres und verstärkt im Jahr 2003 die Absatz- und Ertragsperspektiven der Unternehmen aufhellen. Damit werden auch die Investitionen an Dynamik gewinnen.

Tabelle 2:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für den Euroraum in den Jahren 2002 und 2003
- in Preisen von 1995 -

	2001	2002	2003
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,2	2,6
Private Konsumausgaben	1,7	0,7	2,3
Staatskonsum	2,2	1,4	0,7
Anlageinvestitionen	-0,5	-1,1	2,0
Außenbeitrag ^a	0,7	0,9	0,0
Verbraucherpreise ^b	2,5	2,3	2,0
	<i>in % des nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo ^c	-1,3	-1,4	-1,1
Schuldenstand	69,2	68,9	67,7
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^d	8,1	8,4	8,3

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Gesamtstaat (ohne einmalige Einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen). – ^d Standardisiert.

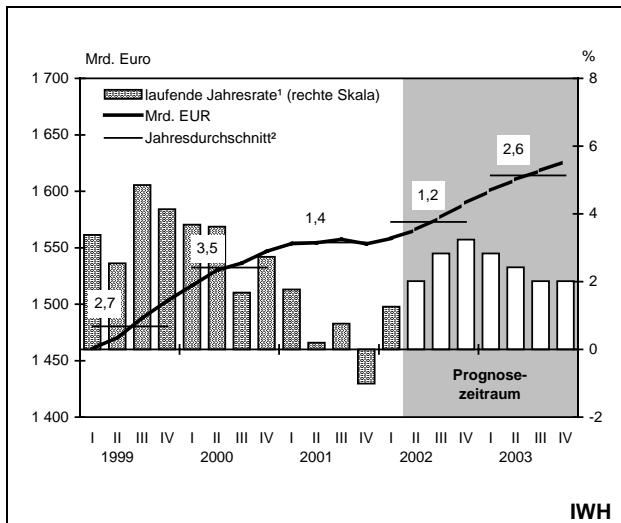
Quellen: Eurostat; EU-Kommission; Berechnungen des IWH; ab 2002: Prognose des IWH (Stand: 03. Juli 2002).

Die Schwäche beim privaten Konsum ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. So haben sich insbesondere die Beschäftigungsperspektiven eingetrübt. In den ersten Monaten dieses Jahres kam es unter Ausschluss der Saisoneinflüsse zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote bis auf 8,3% im Mai. Von der Arbeitsmarktentwicklung ist erst im kommenden Jahr mit einem deutlichen Impuls auf die Einkommen der Haushalte zu rechnen. Zudem verstärkte sich der Preisanstieg zu Beginn dieses Jahres. Die Inflationsrate im Euroraum sprang von 2,0% im Dezember überraschend stark auf 2,7% im Januar. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie 2,3% betragen. Weil die Preissteigerungsrate im Jahr 2003 wohl nahe der Marke von 2% liegen wird, nimmt dann auch die Unsicherheit der Kon-

sumenten bezüglich der Entwicklung der Realeinkommen ab, und der private Konsum wird gestützt. Zur Zurückhaltung der Konsumenten haben darüber hinaus die Vermögenseinbußen der privaten Haushalte durch den Verfall der Aktienkurse beigetragen.

Der Staatskonsum im Euroraum wird im Prognosezeitraum lediglich leicht ausgeweitet, da aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein verstärkter Konsolidierungszwang besteht. Dies betrifft gerade die großen Länder Deutschland, Frankreich und Italien.

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2002: Prognose des IWH.

Mit dem Einsetzen der weltwirtschaftlichen Erholung zu Beginn des laufenden Jahres sind auch die Ausfuhren gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nachdem sie im gesamten Jahr 2001 rückläufig waren. Mit der Festigung des globalen Aufschwungs werden die Exporte im weiteren Verlauf dieses und des kommenden Jahres zusätzliche Impulse erhalten. Die Einfuhren sind im ersten Quartal nochmals gesunken. Im Prognosezeitraum werden sie sich im Einklang mit der Inlandsnachfrage entwickeln.

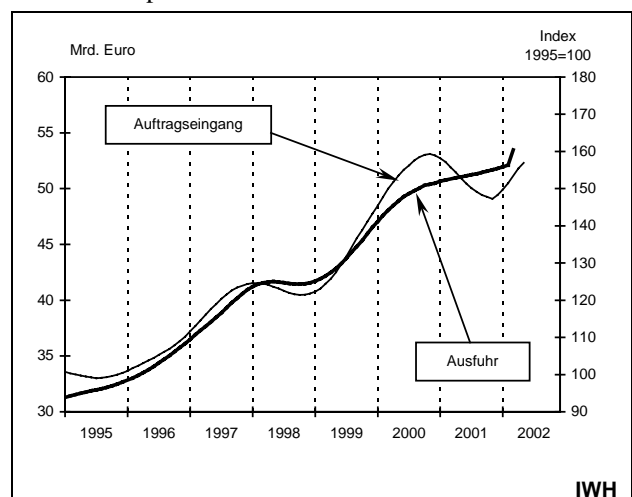
Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum 2002 um 1,2% und 2003 um 2,6% zunehmen.

Konjunktur in Deutschland

Exporte: Motor des Aufschwungs

Nach einer kräftigen Dämpfung der Exporte zum Ende des vergangenen Jahres verstärken sich nunmehr die Anzeichen für eine spürbare Erholung im deutschen Außenhandel. Infolge des sich verbessernden weltwirtschaftlichen Umfeldes – insbesondere wegen der konjunkturellen Belebung in den Vereinigten Staaten von Amerika – haben die Warenexporte in den ersten vier Monaten dieses Jahres wieder leicht zugenommen. Seit dem Beginn des Jahres sind auch die Auftragseingänge aus dem Ausland deutlich aufwärts gerichtet und signalisieren eine Fortsetzung und Verstärkung dieses Trends im weiteren Verlauf des Jahres.

Abbildung 4:
Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland und Warenausfuhr
- Trendkomponente der realen Größen -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Maßgeblich für das Anziehen der Auslandsnachfrage waren die Märkte außerhalb der Europäischen Union. Während die Warenexporte in die EU-Länder, den Hauptabsatzmarkt für deutsche Produkte, in den ersten vier Monaten dieses Jahres bei Ausschluss der Saisonfaktoren in etwa stagnierten, kamen Nachfrageimpulse verstärkt wieder aus den USA.⁴ Die Warenlieferungen in die mittel- und osteuropäischen Reformländer, die bereits das ganze Jahr 2001 über kräftig zunahmen, expan-

⁴ Die Außenhandelszahlen in regionaler Aufgliederung liegen derzeit nur bis April 2002 vor.

dierten weiter. Ebenfalls deutlich legten die Exporte in die OPEC-Länder und nach Russland zu, eine Folge der gestiegenen Einnahmen der Öl-exporteure in diesen Ländern. Angezogen haben auch wieder die Auslandsgeschäfte deutscher Unternehmen in den südostasiatischen Schwellenländern.

Der konjunkturelle Aufschwung in der Weltwirtschaft wird zu einer Belebung des Welthandels führen. Davon wird auch die exportorientierte deutsche Wirtschaft in starkem Maße profitieren. Eine zunehmende Dynamik der Entwicklung ist bereits sichtbar, und dieser Trend dürfte sich im Prognosezeitraum allmählich verstärken. Mit der hier unterstellten leichten Aufwertung des Euro wird sich der preisliche Vorteil deutscher Exportunternehmen gegenüber Anbietern vor allem aus dem Dollarraum zwar etwas verringern. Steigende Nachfrage und Produktion vor allem bei den Haupthandelspartnern Deutschlands in Europa werden aber zu einem zügigen Ausfuhranstieg beitragen. Sollte sich die Aufwertung in den kommenden Monaten, anders als in dieser Prognose unterstellt, massiv verstärken, wäre jedoch mit erheblichen Tempoverlusten in der Exportdynamik zu rechnen.

Tabelle 3:
Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1995 -

	2001	2002	2003
	<i>Veränderung gg. Vorjahr in %</i>		
Exporte	4,7	4,2	8,7
Importe	0,1	1,6	10,9
	<i>in % des realen BIP</i>		
Exporte	34,9	36,0	38,2
Importe	31,5	31,7	34,3
	<i>Außenbeitrag</i>		
Mrd. Euro	66,4	85,5	78,8
in % des BIP	3,4	4,3	3,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2002: Prognose des IWH.

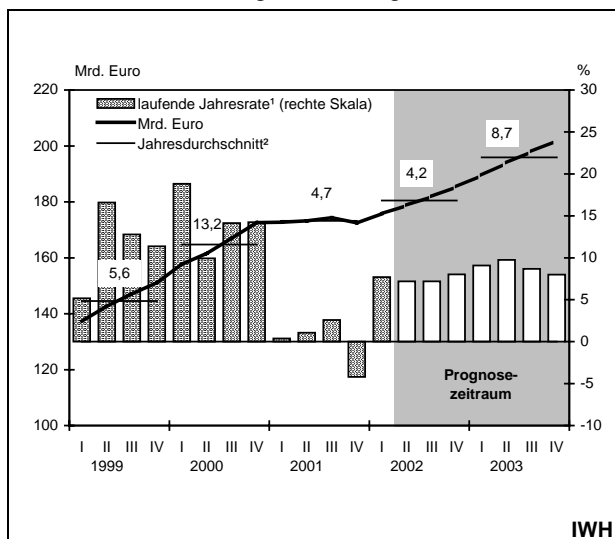
Im Gegensatz zu den Warenexporten, die sich seit Beginn des Jahres allmählich wieder erholt haben, hat sich der seit Mitte des vergangenen Jah-

res anhaltende Abwärtstrend bei den Warenimporten fortgesetzt und zwar in stärkerem Maße als zuvor. Maßgeblich dafür sind die schwache Nachfrage der Konsumenten und Investoren in Deutschland sowie ein massiver Abbau der Lagerbestände. Mit der Verstärkung der Binnenkonjunktur besonders im nächsten Jahr und einer aufwärts gerichteten Exportentwicklung wird auch die inländische Nachfrage nach Importgütern wieder expandieren.

Alles in allem wird mit einem Anstieg der Importe im Jahr 2003 um 10,9% gerechnet, nach einem Zuwachs von 1,6% in diesem Jahr. Die Exporte werden mit einer Zuwachsrate von 4,2% im Jahr 2002 zunehmen. Im kommenden Jahr wird der Anstieg 8,7% betragen.

Vom Außenbeitrag gibt es im Jahr 2002 einen kräftigen Impuls für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2003 verringert sich der Außenbeitrag.

Abbildung 5:
Reale Exporte von Waren und Dienstleistungen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. - ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2002: Prognose des IWH.

Schwäche bei den Ausrüstungsinvestitionen wird nur allmählich überwunden

Die Investitionsausgaben für Ausrüstungen, die bereits seit Ende 2000 rückläufig waren, sind im ersten Quartal dieses Jahres nochmals gesunken. Maßgeblich für den anhaltenden Rückgang sind

die nach wie vor schlechten Absatz- und Ertragsperspektiven, die sich im Zuge der weltweiten Konjunkturschwäche eingetrübt hatten. Die ungünstigen Gewinnaussichten spiegeln sich im Verfall der Aktienkurse wider, die tendenziell die abgezinsten zukünftigen Gewinne repräsentieren. Auch von der zu Beginn des vergangenen Jahres in Kraft getretenen „Steuerreform 2000“ gingen bis jetzt keine erkennbaren Impulse auf die Investitionstätigkeit aus. Die Unsicherheiten im Gefolge der Terroranschläge im September hatten den Attentismus bei den Investoren noch verstärkt. Die seitdem aufgeschobenen Investitionsprojekte wurden im ersten Quartal nicht nachgeholt.

Die Kapazitätsauslastung ist bis zuletzt weiter gesunken, sodass von dieser Seite kein Anlass für Erweiterungsinvestitionen besteht. So war auch die Anschaffung von Ausrüstungsgütern bis zur Jahresmitte rückläufig, wie von den Auftragseingängen im Investitionsgütergewerbe aus dem Inland angezeigt wird. Mit einer Trendwende kann erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres gerechnet werden, wenn sich die Nachfrage vor allem aus dem Inland beleben wird. Dies dürfte die Unternehmen veranlassen, wieder verstärkt zu investieren. Mit dem Nachlassen der Unsicherheit über die künftige konjunkturelle Entwicklung werden auch die seit vergangenen Herbst zurückgestellten Investitionsprojekte realisiert. Im Verlauf des Jahres wird sich die Investitionsdynamik leicht verstärken. Gegen eine deutlichere Belebung sprechen die eingeschränkten Gewinnerwartungen aufgrund des im Vergleich zu den Vorjahren hohen Anstiegs der Lohnstückkosten. Dadurch sind die internen Finanzierungsbedingungen der Unternehmen derzeit ungünstig. Dies behindert auch den Zugang zu Fremdkapital. Zudem erschwert das ungünstige Börsenumfeld die Zuführung neuen Eigenkapitals über Aktienemissionen. Im Durchschnitt dieses Jahres werden die Ausrüstungsinvestitionen alles in allem mit 6% nochmals deutlich sinken. In der ersten Hälfte des kommenden Jahres wird sich mit der weiteren Nachfragebelebung die Investitionstätigkeit ein wenig verstärken.

Bei den Investitionen in sonstige Anlagen hat sich die zuletzt nur verhaltene Expansion zu Jahresbeginn fortgesetzt. Aufgrund der kurzen Produktlebenszyklen von Computerprogrammen, die den Bereich der sonstigen Anlagen dominieren,

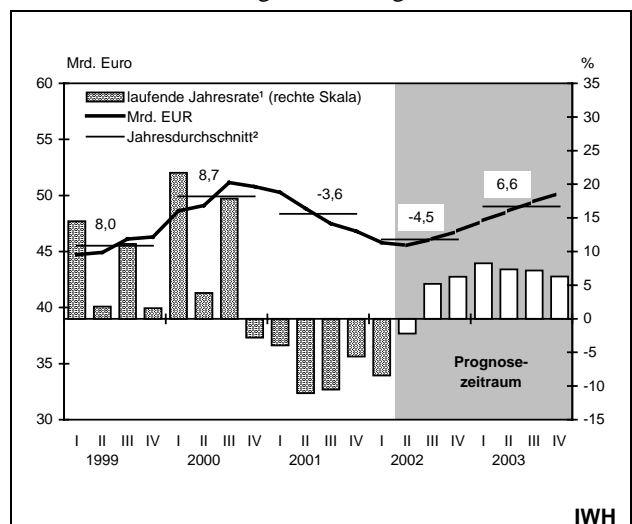
sind diese Investitionen, im Gegensatz zu den Ausrüstungsinvestitionen, auch im Abschwung gestiegen. Im Prognosezeitraum wird im Zuge der konjunkturellen Belebung wieder verstärkt in sonstige Anlagen investiert. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2003 wird auch hier die Dynamik ein wenig nachlassen

Tabelle 4:
Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gg. Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2001	2002	2003
Ausrüstungsinvestitionen	-5,0	-6,0	6,5
Sonstige Anlagen	6,0	4,8	7,5
Bauinvestitionen	-5,8	-0,9	0,1
Wohnbauten	-7,0	-1,3	0,2
Nichtwohnbauten	-4,2	-0,3	-0,1
Gewerbliche Bauten	-3,6	0	1,3
Öffentliche Bauten	-5,5	-1,0	-3,2
Anlageinvestitionen insgesamt	-4,8	-2,5	3,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2002: Prognose des IWH.

Abbildung 6:
Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2002: Prognose des IWH.

Bauinvestitionen: Abschwächung des Abwärtstrends in diesem Jahr

Die Talfahrt der Bauinvestitionen, die Ende vergangenen Jahres zu einem Zehnjahrestief geführt hatte, ist im ersten Quartal dieses Jahres aufgehalten worden. Hinter dieser Entwicklung steht ein außergewöhnlich kräftiger Impuls im gewerblichen Bau, der hinsichtlich seiner Anstoßwirkung ein Einmaleffekt war und sich zunächst nicht fortgesetzt hat. Nach einer Phase deutlicher Investitionszurückhaltung ist es wohl insbesondere in Westdeutschland zur Realisierung der bereits im vergangenen Jahr geplanten und genehmigten Investitionsobjekte gekommen.

Im Prognosezeitraum bleibt die Investitionstätigkeit bei Bauten alles in allem verhalten, Anzeichen für eine Verlangsamung des Abwärtstrends in diesem und eine Stagnation im nächsten Jahr sind allerdings erkennbar. Wesentlich dazu beitragen wird die konjunkturelle Erholung im *Wirtschaftsbau*. Hier wird es mit der Aufhellung der konjunkturellen Perspektiven im späteren Verlauf dieses Jahres zu neuen Impulsen aus dem Dienstleistungsbereich und der Industrie der alten Länder kommen. Trotz der Trendumkehr werden die gewerblichen Bauinvestitionen in diesem Jahr insgesamt stagnieren. Ausschlaggebend dafür ist die anhaltende Investitionszurückhaltung der gewerblichen Wirtschaft in Ostdeutschland. Im nächsten Jahr dürfte sich aber der Fortgang des Erholungsprozesses in Westdeutschland bei sich wieder verbessernden Ertragsersparungen der Unternehmen in einem Anstieg von insgesamt 1,3% niederschlagen.

Auch im *Wohnungsbau* kommt es im Prognosezeitraum zur Tendenzwende. Frühindikatoren, wie die Baugenehmigungen, signalisieren eine leichte Belebung der Nachfrage im weiteren Verlauf des Jahres. Die bislang zurückgestellten Wünsche nach verbesserten Wohnverhältnissen werden insbesondere den Einfamilienhausbau und die Wohnungsmodernisierung anregen. Im nächsten Jahr gehen zusätzliche Impulse von den merklich steigenden Realeinkommen aus. Trotz eines leichten Anstiegs dürften die noch niedrigen Hypothekenzinsen und Baupreise die Investitionsneigung in diesem Bereich kaum eintrüben. Der Aufschwung bleibt aber eher verhalten. Obwohl die Mieten allmählich anziehen und in einzelnen wirt-

schaftlich expandierenden Ballungsgebieten Westdeutschlands Verknappungstendenzen sichtbar werden, bleibt der Geschosswohnungsbau insgesamt vorerst noch abwärtsgerichtet. Neben den ausgeglichenen Wohnungsmärkten in den weniger oder gar nicht prosperierenden Regionen spielen vor allem auch die anhaltend hohen Leerstände im Mietwohnungsbestand Ostdeutschlands eine wesentliche Rolle. Die Wohnungsbauinvestitionen werden wegen des niedrigen Ausgangsniveaus in diesem Jahr nochmals um 1,3% unter dem Vorjahresergebnis liegen, im Jahr 2003 werden sie leicht zulegen.

Bei den *öffentlichen Bauten* zeichnet sich im Prognosezeitraum keine Besserung ab. Zwar bleibt die Bautätigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden wegen der Nachholeffekte aus dem vergangenen Jahr zunächst noch rege. Bereits im Verlauf dieses Jahres schlagen die enger werdenden Finanzierungsspielräume der Gemeinden allerdings immer stärker durch. Zusätzliche Einschnitte dürften sich im nächsten Jahr aus der Verschärfung des Konsolidierungskurses ergeben, der weitere Sparmaßnahmen nach sich ziehen wird.

Tabelle 5:
Regionale Entwicklung der Bauinvestitionen
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2001	2002	2003
Westdeutschland	-3,9	0	0,8
Wohnbauten	-4,8	-0,5	0,8
Gewerbliche und öffentliche Bauten	-2,5	0,8	0,9
Ostdeutschland	-12,3	-4,0	-2,5
Wohnbauten	-16,5	-5,0	-2,5
Gewerbliche und öffentliche Bauten	-8,3	-3,2	-2,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2002: Prognose des IWH.

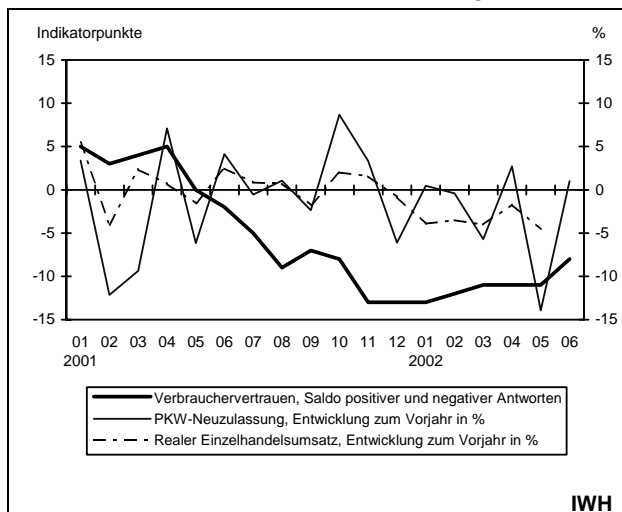
Privater Konsum kommt schwer in Gang

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sanken im ersten Quartal 2002 zum dritten Mal in Folge zum Vorquartal, und sie waren erstmalig auch im Vorjahresvergleich rückläufig. Die Konsumlust der Verbraucher wurde vor allem durch Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz und durch den

spürbaren Preisanstieg bei Nahrungsmitteln sowie durch die Verteuerung der Dienstleistungen im Zuge der Euro-Bargeldeinführung gedämpft.⁵ Die starke Kaufzurückhaltung führte zu Umsatzeinbußen im Gastgewerbe und im Einzelhandel, hier insbesondere bei langlebigen Konsumgütern wie Möbeln und Unterhaltungselektronik, aber auch bei Textilien. In Folge dessen ging der Einzelhandelsumsatz im ersten Quartal nominal (-2,4%) wie auch real (-3,8%) zurück und die PKW-Neuzulassungen sanken ebenfalls. Spiegelbildlich dazu stieg die Sparquote der privaten Haushalte.

Bis zur Jahresmitte scheint der private Konsum nur schwer in Gang gekommen zu sein. Indikatoren wie die Entwicklung des Umsatzes im Einzelhandel und im Gastgewerbe sowie der PKW-Neuzulassungen zeigten im April und Mai noch negative Tendenzen. Auch das Verbrauchervertrauen verharrte bis in den Juni insbesondere wegen der noch gedämpften Einkommenserwartungen auf niedrigem Niveau. Dagegen hat der Kaufkraftentzug infolge des Preisauftriebs deutlich nachgelassen, und dies dürfte die Verbraucher veranlassen, aufgeschobene Käufe nachzuholen.

Abbildung 7:
Entwicklung von Verbrauchervertrauen, Einzelhandelsumsatz und PKW-Neuzulassungen



Quellen: Statistisches Bundesamt; EU-Kommission.

In der zweiten Jahreshälfte wird der private Konsum aufgrund der Aufhellung der Einkom-

⁵ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Sechs Monate Euro – Eine Zwischenbilanz der amtlichen Preisstatistik, Wiesbaden, Juli 2002, S. 6 ff.

mensperspektiven merklich an Schwung gewinnen. Zudem wird sich das Verbrauchervertrauen im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Belebung verbessern, und die Konsumenten werden ihre Kaufzurückhaltung aufgeben.

Die Bruttoverdienste werden nach der bisher schwachen Entwicklung ab dem zweiten Halbjahr deutlich zulegen. Die neu ausgehandelten Tarifabkommen werden zu einem merklichen Anstieg der durchschnittlichen Tariflöhne je Stunde um reichlich 3% führen. Bei nur leichtem Aufbau an Beschäftigung steigt die Bruttolohn- und -gehaltsumme daher verstärkt ab dem Sommer. Die Nettolöhne expandieren jedoch bei deutlich erhöhten Beitragssätzen zur Krankenversicherung und wieder voll greifender Steuerprogression viel schwächer als im Vorjahr, in dem ihnen die Steuerreform einen kräftigen Schub gab.

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen legen in diesem Jahr beachtlich zu, nicht zuletzt weil das Kindergeld zu Beginn des Jahres angehoben wurde und die lohnorientierte Rentenanpassung zur Jahresmitte kräftig war. Außerdem führt die zunehmende Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe zu deutlich höheren Transferzahlungen. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen sind infolge der schwachen Konjunktur und der niedrigen Verzinsung leicht rückläufig. Alles in allem nehmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 1,9% schwächer als im Vorjahr zu; bei moderater Preisentwicklung kommt der reale Einkommenszuwachs beinahe zum Erliegen.

Der private Konsum expandiert im Jahr 2002 nominal und real langsamer als im vergangenen Jahr. Nachdem die Sparquote im Vorjahr ihren Abwärtstrend durchbrochen hatte, dürfte sie in diesem Jahr nochmals leicht zulegen. Verantwortlich dafür sind die Kaufzurückhaltung der Konsumenten insbesondere in der ersten Jahreshälfte, aber auch die sich immer stärker durchsetzende Überzeugung der privaten Haushalte von der Notwendigkeit einer verstärkten privaten Altersvorsorge. Zwar kommen die Abschlüsse von Verträgen zur „Riester-Rente“ erst schleppend voran, doch die in den letzten Monaten in vielen Tarifverträgen vereinbarte „Riester-Betriebsrente“ wird neue Abschlüsse bis zum Jahresende forcieren.

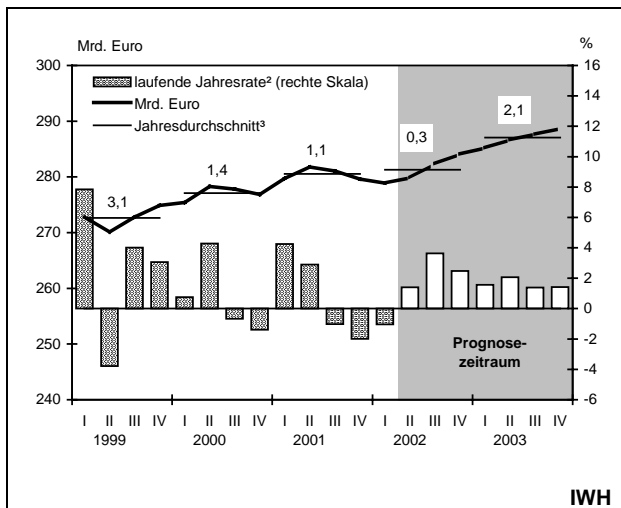
Tabelle 6:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2001	2002	2003
Verfügbares Einkommen, nominal	3,5	1,9	3,8
<i>darunter:</i>			
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,4	1,8	3,1
Monetäre Sozialleistungen	2,6	3,6	2,5
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	4,4	-0,4	5,3
Sparen	8,1	3,4	3,8
Private Konsumausgaben, nominal	3,0	1,8	3,8
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,1	2,3	3,4
Sparquote (in %)	10,2	10,3	10,3
Preisindex des privaten Konsums	1,8	1,5	1,7
Private Konsumausgaben, real	1,1	0,3	2,1

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2002: Prognose des IWH.

Abbildung 8:
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ³ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2002: Prognose des IWH.

Im kommenden Jahr wird die Bruttolohn- und -gehaltsumme wieder deutlicher zulegen. Konjunkturbedingt steigt das Arbeitsvolumen, und die Stundentariflöhne werden im Durchschnitt um 2,9% höher als in diesem Jahr sein. Die Nettolöhne

erhalten einen zusätzlichen Impuls wegen des Inkrafttretens der zweiten Stufe der „Steuerreform 2000“⁶. Dagegen nehmen die monetären Sozialleistungen schwächer zu, insbesondere aufgrund des Rückgangs der Arbeitslosigkeit. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden mit der konjunkturellen Besserung wieder kräftig zulegen. Insgesamt dürfte im Jahr 2003 die Expansion der verfügbaren Einkommen doppelt so stark wie in diesem Jahr ausfallen. Die privaten Konsumausgaben werden sich deshalb im Verlauf recht stabil entwickeln, und bei gleichbleibender Sparquote steigen sie nominal und real ähnlich wie die verfügbaren Einkommen. Bei nur leicht erhöhtem Preisdruck dürften die privaten Konsumausgaben real mit 2,1% nach zwei schwächeren Jahren wieder merklich expandieren.

Preisanstieg ohne Inflationsgefahr

Zu Beginn des Jahres 2002 kam es zu einem unerwarteten Anstieg der Preise für die Lebenshaltung der privaten Haushalte; im Vorjahresvergleich betrug die Teuerung im Januar 2,1% nach 1,7% im Dezember. Maßgeblich für den Preissprung waren die erneuten Steueranhebungen⁷ und die witterungsbedingten Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln. Rund vier Fünftel des Preissprungs sind auf diese Sonderfaktoren zurückzuführen. Auch wirkte die Euro-Bargeldeinführung und die damit verbundene Neuauspreisung der Waren und Dienstleistungen leicht preistreibend.

Dahinter verbergen sich allerdings unterschiedliche Tendenzen. Insbesondere Güter des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen des Gaststättengewerbes und des Handwerks verteuerten sich überdurchschnittlich. Dagegen stiegen die Preise für die Mehrheit der im Warenkorb erfassten Güter und Leistungen wie z. B. Mieten, Bekleidung,

⁶ Der Grundfreibetrag wird von 7 235 Euro auf 7 426 Euro angehoben, der Eingangssteuersatz wird von 19,9% auf 17% gesenkt, und der Spitzensteuersatz wird von 48,5% auf 47% verringert.

⁷ Im Zuge einer weiteren Stufe der Ökosteuerreform wurden zum 1. Januar 2002 die Steuern auf Kraftstoffe (Normal, Super und Diesel) um drei Cent je Liter und auf Strom um 0,26 Cent je Kilowattstunde angehoben. Ebenfalls wurden infolge der Erhöhung der Ausgaben für die nationale Sicherheit die Tabaksteuer um einen Cent pro Zigarette und die Versicherungsteuer um einen Prozentpunkt erhöht.

langlebige Konsumgüter und Artikel der Gesundheitspflege kaum bzw. verbilligten sich sogar.

In den Folgemonaten hat sich der Preisanstieg kontinuierlich verringert, und im Juni betrug die Steigerungsrate nur noch 0,8%. Dazu beigetragen hat der Preisrückgang bei Nahrungsmitteln, hier insbesondere bei Obst und Gemüse. Zum Teil beruht diese Preisentwicklung gegenüber dem Vorjahr auch auf einem Basiseffekt, da im Jahr 2001 die Nahrungsmittelpreise infolge der Tierseuchen und ungünstiger Witterungsbedingungen stark angezogen hatten. Auch für Heizöl und Kraftstoffe stiegen die Preise zuletzt nur geringfügig, nachdem sie im Vergleich zum Vorjahr im ersten Quartal noch nachgegeben hatten. Sie nahmen im zweiten Quartal aufgrund des zeitweiligen Anziehens des Ölpreises auf über 27 US-Dollar je Barrel Nordseeöl der Sorte Brent im April leicht zu. Dies wirkte aber immer noch dämpfend auf den Gesamtindex der Lebenshaltungspreise. Zudem blieb der Preisanstieg im Vorjahresvergleich seit Januar bei gewerblichen Waren, Dienstleistungen und bei Wohnungsmieten weitgehend unverändert.

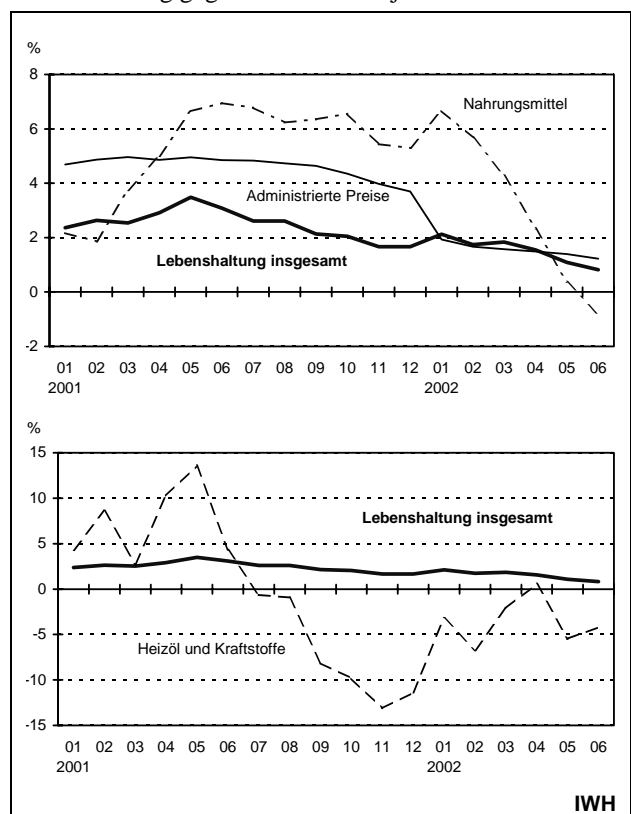
Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die Verbraucherpreise wieder leicht anziehen, und die Teuerung wird am Ende 2002 im Vorjahresvergleich bei 2% liegen. Zum einen läuft der statistische Basiseffekt bei Nahrungsmitteln sowie Heizöl und Kraftstoffen aus, zum anderen führen die im zweiten Halbjahr wirksam werdenden neuen Lohnabschlüsse zu einem leichten Preisdruck. Zwar steigen einerseits die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, andererseits sind aber aufgrund des verschärften Wettbewerbs in der Eurozone die Preiserhöhungsspielräume gering. Jedoch werden die Unternehmen versuchen, die für sie spürbar anziehenden Arbeitskosten bei wieder anspringender Konjunktur in den Preisen aufzufangen.

Alles in allem dürfte der Anstieg der Lebenshaltungspreise in diesem Jahr mit durchschnittlich 1,7% um knapp einen Prozentpunkt niedriger als im Vorjahr ausfallen. Dabei wird beim Rohöl von einem mittleren Preis von 25 US-Dollar je Barrel im zweiten Halbjahr ausgegangen.

Im Jahr 2003 dürfte sich das Preisklima nicht verschlechtern. Zu Beginn des Jahres werden zwar erneut die Tabaksteuer sowie die Mineralöl- und Stromsteuer im Zuge der Ökosteuerreform angehoben. Sie rufen aber – für sich genommen – im

Vorjahresvergleich keine Beschleunigung des Preisanstiegs hervor, da diese Steuern im Vorjahr ebenfalls und im gleichen Ausmaß erhöht worden sind. Auch wird die weiter moderate Aufwertung des Euro den Anstieg der Importpreise dämpfen. Die bereits vorliegenden Tarifabschlüsse für 2003 signalisieren eine Erhöhung der Tariflöhne um rund 3%. Die Unternehmen werden bei anhaltendem Aufschwung einen Teil der Lohnsteigerungen auf die Preise überwälzen. Der Preisindex für die Lebenshaltung dürfte sich im Jahresdurchschnitt um 1,8% erhöhen.

Abbildung 9:
Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung und ausgewählter Komponenten
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Produktionszuwachs nur vorübergehend mit hoher Dynamik

In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion gegenüber dem Schlussquartal 2001 wieder etwas erhöht. Ausgelöst wurde der Zuwachs von der konjunkturellen Belebung im Ausland, insbesondere in den USA. Davon haben zuerst die Exportunternehmen profi-

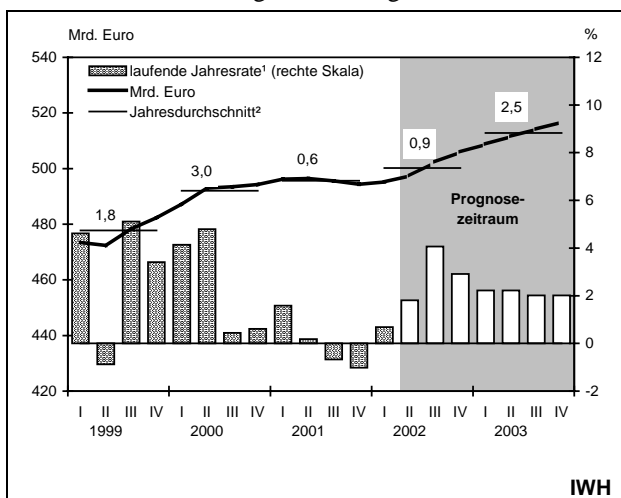
tiert, und hier vor allem die im Verarbeitenden Gewerbe. So sind die Auslandsumsätze der Industrie seit Jahresbeginn wieder im Plus, die Inlandsumsätze stagnieren dagegen noch. Der konjunkturelle Impuls hat die deutsche Wirtschaft jedoch bislang nicht in der Breite erfasst. Der Produktionsanstieg beschränkt sich auf Vorleistungs- und Verbrauchsgüter. Die Binnennachfrage hinkt dem Aufschwung noch hinterher. Dies wird sich im weiteren Verlauf des Jahres ändern.

Tabelle 7:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2001	2002	2003
Produzierendes Gewerbe	-1,3	0,3	3,0
<i>darunter:</i>			
Verarbeitendes Gewerbe	0,1	0,8	4,0
Baugewerbe	-6,6	-1,3	-0,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	2,3	2,2	3,9
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	2,9	2,8	3,2
Öffentliche und private Dienstleister	0,4	0,1	0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,9	2,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2002: Prognose des IWH.

Abbildung 10:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2002: Prognose des IWH.

Mit der Wende bei der Investitionstätigkeit der Unternehmen und der Anregung der Konsumausgaben aufgrund der verbesserten Einkommensperspektiven der privaten Haushalte werden in der zweiten Jahreshälfte immer mehr industrielle Bereiche, aber auch Zweige außerhalb der Industrie vom Aufschwung erfasst. Der Produktionsanstieg wird an Kraft gewinnen. Allerdings übersteigt die Industrieproduktion im Jahresdurchschnitt wegen des niedrigen Niveaus zu Beginn den Vorjahresstand nur um rund ¾ Prozent. Die Bauproduktion wird infolge der anhaltenden Nachfrageschwäche nochmals sinken. Der Rückgang wird sich jedoch im Verlauf des Jahres abschwächen. Die Finanzierungs- und Unternehmensdienstleistungen werden zunächst ihr seit Jahresbeginn verlangsamtes Expansionstempo beibehalten und erst später im Jahr auf ihren trendmäßigen Wachstumspfad zurückkehren. Auch wenn sich das Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der zweiten Jahreshälfte auf annualisiert reichlich 3% beschleunigen dürfte, wird das Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des Jahres nur um knapp ein Prozent das vorjährige Niveau übertreffen, und der Zuwachs wird vollständig von der Außenwirtschaft kommen.

Tabelle 8:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2001	2002	2003
Konsumausgaben	0,9	0,4	1,4
Private Haushalte	0,6	0,2	1,2
Staat	0,3	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	-1,1	-0,5	0,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,4	-0,4	0,6
Bauten	-0,7	-0,1	0,0
Vorratsveränderung	-0,9	0,1	0,8
Inlandsnachfrage	-1,0	-0,1	2,9
Außenbeitrag	1,6	1,0	-0,4
Exporte	1,6	1,5	3,1
Importe	0,0	0,5	3,5
Bruttoinlandsprodukt ^a	0,6	0,9	2,5

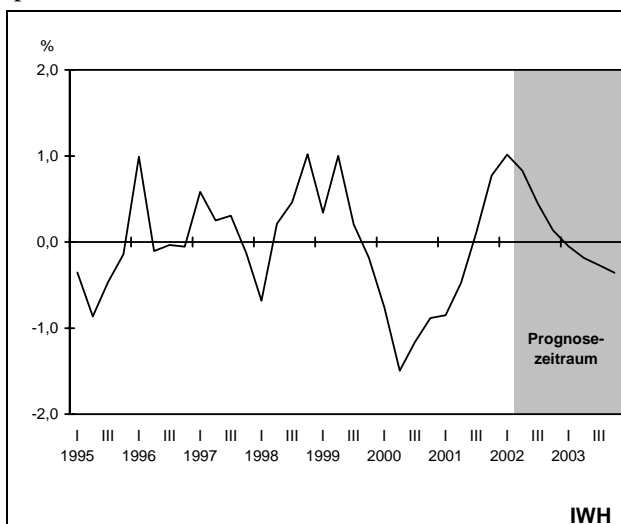
^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2002: Prognose des IWH.

Im nächsten Jahr wird sich die Zusammensetzung der Antriebskräfte weiter zugunsten des Inlands verschieben. Konsum und Anlageinvestitionen werden die Produktion stimulieren. Insgesamt wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts etwa je zur Hälfte von der Inlands- und der Auslandsnachfrage getragen. Vom Baugewerbe wird nur noch ein geringer Wachstumsverlust ausgehen. Trotz nachlassender Beschleunigung des Wachstumstempos wird das Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr wegen des hohen Anfangsniveaus um 2,5% höher sein als in diesem.

Im Prognosezeitraum wird sich die Unterauslastung des Produktionspotenzials verringern. Zum Ende des nächsten Jahres dürfte die Produktionslücke allmählich verschwinden.

Abbildung 11:
Produktionslücke in Prozent des Produktionspotenzials¹ in Deutschland



¹⁾ Das Produktionspotenzial wurde mit dem Hodrick-Prescott-Filter geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des IWH; ab 2. Quartal 2002: Prognose des IWH.

Talsole am Arbeitsmarkt wird in der zweiten Jahreshälfte durchschritten

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich wegen der konjunkturellen Schwäche nochmals verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm – nach Ausschluss von Saisonfaktoren – im ersten Quartal dieses Jahres um 60 000 Personen gegenüber dem Vorquartal ab. Besonders stark war der Rückgang im Baugewerbe. Aber auch in der Industrie, im Handel sowie bei den privaten und öffentlichen

Dienstleistern wurden per saldo Arbeitsplätze abgebaut. Lediglich bei den unternehmensnahen Dienstleistern wurde der Personalbestand aufgestockt.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg im gleichen Zeitraum um 47 000 Personen. Gemessen am kräftigen Beschäftigungsabbau war ein deutlich höherer Aufbau der registrierten Arbeitslosigkeit erwartet worden. Die tatsächliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit wurde dagegen durch Sonderfaktoren beeinflusst. Im Zuge der Umsetzung des Anfang 2002 in Kraft getretenen Job-AQTIV-Gesetzes haben mehr ältere Arbeitslose als üblich vorruhestandsähnliche Regelungen in Anspruch genommen. Auch wegen fehlender Mitwirkung bei der Stellensuche bzw. nichterneuerter Meldung beim Arbeitsamt erhöhten sich die Abgänge aus der registrierten Arbeitslosigkeit kräftig.

Tabelle 9:
Direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung in Deutschland im Jahr 2001

Maßnahmen	1 000 Personen	Anteil in %
Direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung	211,2	73,5
Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen	23,3	8,1
Eingliederungszuschüsse	100,1	34,8
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	11,1	3,9
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	33,5	11,7
Überbrückungsgeld	43,2	15,0
Sonstige Fördermaßnahmen im ersten Arbeitsmarkt ^a	76,0	26,5
Insgesamt	287,2	100,0

^a Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die laut amtlicher Statistik zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Die Talsole der Beschäftigung wird erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres durchschritten werden. Danach wird mit zunehmender Konjunkturbelebung ein leichter Beschäftigungsaufbau in Gang kommen. Er beschränkt sich auf West-

Tabelle 10:
Arbeitsmarktbilanz Deutschland

		2000	2001	2002	2003
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige ^a	55 823	55 674	55 610	55 479
2	Erwerbstätige in Deutschland (Inland)	38 706	38 773	38 672	38 872
3	Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	38 393	38 530	38 487	38 697
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	295	287	280	280
5	<i>Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(3)-(4)]</i>	38 098	38 243	38 207	38 417
6	Pendlersaldo	70	70	72	74
7	Erwerbstätige aus Deutschland (Inländer) [(2)-(6)]	38 636	38 703	38 600	38 798
8	Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	38 323	38 460	38 415	38 623
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(8)-(4)]</i>	38 028	38 173	38 135	38 343
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	4 983	4 929	5 044	4 839
11	<i>Arbeitslose</i>	3 889	3 852	3 998	3 840
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]</i>	1 094	1 077	1 046	999
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	104	108	105	105
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	46	59	96	62
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	313	243	185	175
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	324	315	305	300
17	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	28	25	22	22
18	<i>Vorruheständler^d</i>	192	225	225	220
19	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	20	27	33	40
20	<i>Teilnehmer an sonstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen^e</i>	67	75	75	75
21	Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(19)]	43 240	43 303	43 330	43 360
		in % (Inländerkonzept)			
22	Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	77,5	77,8	77,9	78,2
23	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	68,7	69,1	69,1	69,6
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(9)/(1)*100]	68,1	68,6	68,6	69,1
25	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	69,2	69,5	69,4	69,9
26	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	11,5	11,4	11,6	11,2
27	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)] / (10) * 100}	80,1	80,3	81,3	81,5
28	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)] / [(7)-(14)+(11)+(13)] * 100}	9,4	9,3	9,6	9,2
29	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)] / (21) * 100}	12,2	12,0	12,3	11,8
		in Millionen Stunden			
30	<i>Nachrichtlich: Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)*1000]</i>	57 351	56 884	56 529	56 634
		in Stunden			
31	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 481,7	1 467,1	1 461,8	1 456,9

Tabellenerklärung::

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschuss bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^c Einschließlich der traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2002); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; ab 2002: Prognose des IWH.

Anmerkungen:

1. Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist erstmals – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige bisher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen jetzt den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt. Zur Methodik vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; HARDT, G., SCHULZ, B.: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen, in dieser Ausgabe, S. 313-317.

2. In Klammern wurden die Rechenschritte angegeben. Beispiel: Zeile 3 (Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt) ergibt sich aus Zeile 2 (Erwerbstätige in Deutschland (Inland)) abzüglich Zeile 15 (Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen).

deutschland und konzentriert sich dort auf den tertiären Bereich. Hingegen werden im konjunktur-reagiblen Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe per saldo weiterhin Arbeitsplätze verloren gehen. Im Durchschnitt des Jahres 2002 wird der Beschäftigungsstand in Deutschland um etwa 100 000 Personen niedriger sein als im Vorjahr. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird bei knapp 4 Millionen Personen liegen.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird auch in diesem Jahr durch die Rückführung Beschäftigung schaffender Maßnahmen beeinflusst. In Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen werden etwa 185 000 bislang Arbeitslose und damit etwa 60 000 Personen weniger aufgefangen werden als im Vorjahr.

Neben den traditionellen Instrumenten – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung – werden auch weitere Instrumente zur Eingliederung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse genutzt. Dazu gehören beispielsweise Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen, Eingliederungszuschüsse, Beschäf-

tigungshilfen für Langzeitarbeitslose und Arbeitnehmerhilfen. In diesem Jahr werden ca. 280 000 Personen in derartigen Maßnahmen tätig sein. Dies entspricht etwa dem Vorjahresstand.

Auch neuere Instrumente zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt wie das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und die sogenannte Freie Förderung sind fester Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik geworden. Durch diese beiden Instrumente werden in diesem Jahr in Deutschland insgesamt etwa 151 000 Personen gefördert. Alles in allem ist das staatliche Engagement auf dem deutschen Arbeitsmarkt nach wie vor hoch. Die Zuordnung der Fördermaßnahmen zum ersten oder zweiten Arbeitsmarkt wird allerdings zunehmend schwieriger.

Erst im kommenden Jahr, wenn der Aufschwung an Breite gewinnt, wird ein nennenswerter Zuwachs an Arbeitsplätzen erfolgen. Gegenüber dem Vorjahr wird die Zahl der Erwerbstätigen um 200 000 Personen bzw. 0,5% zunehmen. Der Beschäftigungsaufbau beschränkt sich allerdings auf Westdeutschland, während der Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland zum Stillstand

kommt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen bildet sich in Deutschland um etwa 150 000 Personen zurück.

Öffentliche Finanzen von Sparzwängen geprägt

Die konjunkturelle Entwicklung im vergangenen Jahr führte zu einer deutlich schlechteren Finanzlage des Staates. Die Defizitquote stieg auf 2,7% und blieb damit nur knapp unter der Maastricht-Obergrenze. Das Ziel im deutschen Stabilitätsprogramm 2000 wurde um gut einen Prozentpunkt verfehlt. Die Situation verschärfte sich so weit, dass im Frühjahr 2002 ein „Blauer Brief“ von der Europäischen Kommission drohte. Um diesen abzuwenden, verpflichtete sich Deutschland trotz der jetzt schlechteren Ausgangslage, an seinen ursprünglichen Planungen festzuhalten und bis zum Jahr 2004 einen „nahezu ausgeglichenen“ öffentlichen Gesamthaushalt vorzulegen – was einer Defizitquote von 0,5% entspricht.

Soll diese Verpflichtung eingehalten werden, so besteht zu einer Forcierung der Konsolidierungsbemühungen keine Alternative. Gleichwohl sind Änderungen der Haushaltsplanungen für das laufende Jahr nicht mehr zu erwarten. In den Jahren 2003 und 2004 wird hingegen mit Einsparungen gerechnet. Hierfür kommt allerdings nicht jede Ausgabeposition in Frage. Die Maßnahmen müssen sich bei den Gebietskörperschaften auswirken, denn die Sozialversicherungen können aus institutionellen Gründen kein dauerhaftes Defizit aufweisen. Außerdem müssen die Ausgabeposten kurzfristig variabel sein.

Für die Prognose ist ein pragmatischer Ansatz gewählt worden. Für kurzfristig flexible Ausgaben sind Kürzungen angesetzt worden. Beispielsweise wird unterstellt, dass die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt hinter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zurückbleiben und dass der Personalabbau nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch leicht intensiviert wird. Bei den Ausgaben für Sachaufwendungen wird eine äußerst sparsame Haushaltsführung angenommen. Da die öffentlichen Investitionen kurzfristig flexibel sind, wird bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Hingegen werden bei den Leistungsgesetzen keine einschneidenden Änderungen erwartet. Auf Seiten der Einnahmen sind – über die gesetzlich

fixierten hinaus – keine Maßnahmen angenommen. Der hier unterstellte haushaltspolitische Kurs ist ausgesprochen restriktiv. Dennoch wird selbst unter diesen Voraussetzungen ein „nahezu ausgeglichener“ öffentlicher Gesamthaushalt im Jahr 2004 nicht erreicht.⁸

Unter den getroffenen Annahmen werden die Ausgaben des Staates im laufenden Jahr um 2,8% zunehmen (nach 2,0% im Jahr 2001⁹); die Ausgaben der Gebietskörperschaften steigen dabei um 2,6%, die der Sozialversicherungen um 2,9%. Mit 3,8% entwickeln sich die monetären Sozialleistungen überdurchschnittlich. Bei den Gebietskörperschaften wirkt die Erhöhung des Kindergeldes zu Jahresbeginn. Außerdem ist wegen der höheren Zahl der Erwerbslosen mit zunehmenden Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe zu rechnen. Die von den Sozialversicherungen geleisteten monetären Sozialleistungen steigen mit einer ähnlichen Rate wie im Vorjahr (3 $\frac{1}{2}$ %). Die Renten in der Gesetzlichen Rentenversicherung wurden zur Jahresmitte um durchschnittlich 2,3% angehoben, und auch die Zahl der Rentenbezieher nimmt zu. Die Arbeitsmarktentwicklung wird höhere Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit nach sich ziehen.

Die Personalausgaben werden mit 1,1% steigen, nach nur 0,4% im vergangenen Jahr. Dabei ist unterstellt, dass die Tarifverhandlungen im Herbst dieses Jahres zu sehr moderaten Lohnsteigerungen führen. Die Ausgaben für Vorleistungen und soziale Sachleistungen nehmen mit 2 $\frac{1}{2}$ % zu, nach 3% im Jahr 2001. So führen bei den Gebietskörperschaften die Anti-Terror-Maßnahmen zu Mehrausgaben, wohingegen bei den Sozialversicherungen gegenüber dem Vorjahr leichte Einsparungen im Gesundheitswesen erwartet werden.

Die öffentlichen Investitionen werden in diesem Jahr um 0,3% sinken, nach einem Minus von 2,5% im Vorjahr. Der Grund für einen weiteren Rückgang ist in der zunehmend angespannteren Kassenlage von Ländern und Gemeinden zu sehen. Ein nennenswerter Ausgabenanstieg ist hingegen bei den Zinszahlungen zu erwarten. Trotz des

⁸ Vgl. VAN DEUVERDEN, K.: Konsolidierung dominiert Finanzpolitik, in dieser Ausgabe, S. 305-312. Nach der hier vorgestellten Projektion ist im Jahr 2004 eine Defizitquote von gut 1% zu erwarten.

⁹ Bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

weiter sinkenden durchschnittlichen Zinses für die Staatsschulden schlägt die hohe Neuverschuldung aus dem vergangenen Jahr durch.

Im kommenden Jahr werden die Ausgaben des Staates nur noch um 1,7% zunehmen. Bei den Gebietskörperschaften wird der Anstieg 1,2%, bei den Sozialversicherungen 2,9% betragen. Die monetären Sozialleistungen werden nur noch mit 2,6% zulegen. Vor allem die günstigere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt trägt hierzu bei, während sich die Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung etwas stärker als im laufenden Jahr entwickeln. Die Personalausgaben werden lediglich um 0,7% zunehmen. Dies liegt zum einen an der unterstellten moderaten Lohnentwicklung. Zum anderen wird aber auch der Personalabbau im öffentlichen Dienst weitergeführt werden. Die Ausgaben für Vorleistungen und soziale Sachleistungen entwickeln sich ähnlich wie im laufenden Jahr.

Die Bruttoinvestitionen werden um 1,8% zurückgehen. Hier schlagen sich zunehmende Sparzwänge nieder. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu den immer wieder vorgetragenen Forderungen nach einer qualitativen Konsolidierung der Staatsfinanzen sowie dem in Ostdeutschland noch hohen und in Westdeutschland immer weiter anwachsenden Bedarf an öffentlichen Investitionen.

Die Einnahmen werden im laufenden Jahr um 3,1% steigen, nachdem sie im vergangenen Jahr um 1% gesunken waren. Die Steuereinnahmen erhöhen sich ebenfalls um 3,1%, nach einem Rückgang von 4,4% im Vorjahr. Die Einkommen- und Vermögensteuern, die im Vorjahr um 9,4% gesunken waren, entwickeln sich dabei mit 1,8% immer noch verhalten. Während die Lohnsteuer wegen der Schwäche am Arbeitsmarkt nur um 2,5% zunimmt, ist für die Einkommensteuer gegenüber dem Vorjahr sogar ein Minus zu erwarten. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag werden sogar um über 40% sinken, jedoch spielen hier Sondereffekte eine Rolle.¹⁰ Das Körperschaftsteuer-aufkommen wird wieder steigen, liegt allerdings

¹⁰ Im vergangenen Jahr bestand letztmalig die Möglichkeit, Gewinne von Kapitalgesellschaften, die mit einem Thesaurierungssatz von 45% belastet sind, zu diesem Satz körperschaftsteuermindernd auszuschütten. Daraus folgt, dass das Vorjahresniveau bei den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag stark überhöht ist. Zum Teil erklärt dies auch das negative Körperschaftsteuer-aufkommen im vergangenen Jahr.

immer noch auf einem niedrigen Niveau. Die Produktions- und Importabgaben nehmen mit 4,3% zu, nach 0,8% im Vorjahr. Dabei sind die Zuwächse sowohl für die Steuern vom Umsatz (2,5%) als auch für die Gewerbesteuer (1,3%) eher gering. Vielmehr sind dafür eine weitere Stufe der Ökosteuer sowie die Erhöhung der Versicherungs- und der Tabaksteuer ausschlaggebend.

Die Sozialbeiträge werden – trotz der Schwäche am Arbeitsmarkt – mit 3,6% deutlich stärker als im letzten Jahr (1,4%) steigen. Dazu tragen sowohl die in diesem Jahr höheren Lohnabschlüsse als auch die Anhebung des durchschnittlichen Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung bei.

Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen ist vor allem durch den außergewöhnlich hohen Bundesbankgewinn geprägt. Als für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung relevant wird davon ein Betrag von 8 ½ Mrd. Euro angenommen.

Im kommenden Jahr werden die Steuereinnahmen mit 5% zunehmen. Hierzu tragen dann wieder die Einkommen- und Vermögensteuern bei. Trotz der Entlastungen im Rahmen der zweiten Stufe der „Steuerreform 2000“, die zum 1. Januar 2003 in Kraft tritt, wird die Lohnsteuer um 4,1% zulegen. Gründe sind sowohl die höhere Zahl der Erwerbstätigen als auch die höheren Lohnabschlüsse. Auch die Gewinnsteuern werden im Gefolge der guten Konjunktur langsam wieder steigen. Allein bei der Einkommensteuer führen die Steuerrechtsänderungen, aber auch die Verzögerungen bei der Veranlagung abermals zu einem Rückgang. Die Produktions- und Importabgaben werden mit 4,6% etwas stärker als im laufenden Jahr zunehmen. Neben der letzten Stufe der Ökosteuer und einer weiteren Anhebung der Tabaksteuer steigen auch die Steuern vom Umsatz wieder kräftiger.

Die Sozialbeiträge nehmen etwas schwächer als im laufenden Jahr zu, obwohl der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung angehoben werden dürfte. Bei den sonstigen Einnahmen wird nochmals ein relativ hoher Bundesbankgewinn angenommen, der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit 7 Mrd. Euro angesetzt wird.

Die Defizitquote wird damit im laufenden Jahr bei 2,6% liegen. Im kommenden Jahr sinkt sie auf 1,7%.

Wirtschaftspolitik

Geldpolitik vor der Zinswende

Seit der Zinssenkung vom November vergangenen Jahres hat die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen unverändert gelassen; der Mindestbietungssatz liegt seitdem bei 3,25%. Diese Politik der Zurückhaltung scheint zur jüngsten Preisentwicklung zu passen: Die Inflationsrate ist (gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euro-Raum) von ihrem Zwischenhoch von 2,7% im Januar auf 1,8% im Juni zurückgegangen. Allerdings waren für diese scheinbar günstige Entwicklung vor allem Basiseffekte infolge des hohen Preisniveaus von Energie und von unverarbeiteten Lebensmitteln Mitte des Jahres 2001 und niedrigere Importpreise aufgrund der Dollarschwäche in den letzten Monaten verantwortlich. Die mittelfristigen Risiken für die Preisstabilität haben sich dagegen nach Einschätzung der EZB nach oben verlagert.

Die Zentralbank begegnet Inflationsrisiken im Euroraum mit Hilfe einer Zwei-Säulen-Strategie: Sie achtet einerseits auf die Entwicklung des Geldmengenaggregats M3 und andererseits auf eine Vielzahl zusätzlicher Indikatoren, die eine breit fundierte Beurteilung der Aussichten für die Preisniveaustabilität ermöglichen. Was die erste Säule betrifft, so hatte die EZB in den Monaten zuvor mit baldigen Zeichen der Entwarnung gerechnet: Sie führte die rasche Expansion von M3 auf die Flucht verunsicherter Investoren in kurzfristige Anlagen im Gefolge des 11. Septembers zurück und nahm an, dass sich das Geldmengenwachstum mit einer Beruhigung der Lage deutlich zurückbilden würde. Eine solche Entwicklung hin zum Referenzwert einer Jahreswachstumsrate von 4,5% zeichnet sich aber nicht ab; M3 ist im Mai sogar ausgesprochen kräftig expandiert. Es ist unklar, inwieweit sich darin weiterhin die Skepsis der Investoren gegenüber Renditeaussichten langfristiger Anlagen oder schon ein höherer Liquiditätsbedarf aufgrund erhöhter Ausgabenpläne abzeichnet. Falls sich im späteren Jahresverlauf die Indizien für letzteres Motiv erhärten, wird die erste Säule der EZB-Strategie ein tragendes Argument für Zinserhöhungen abgeben.

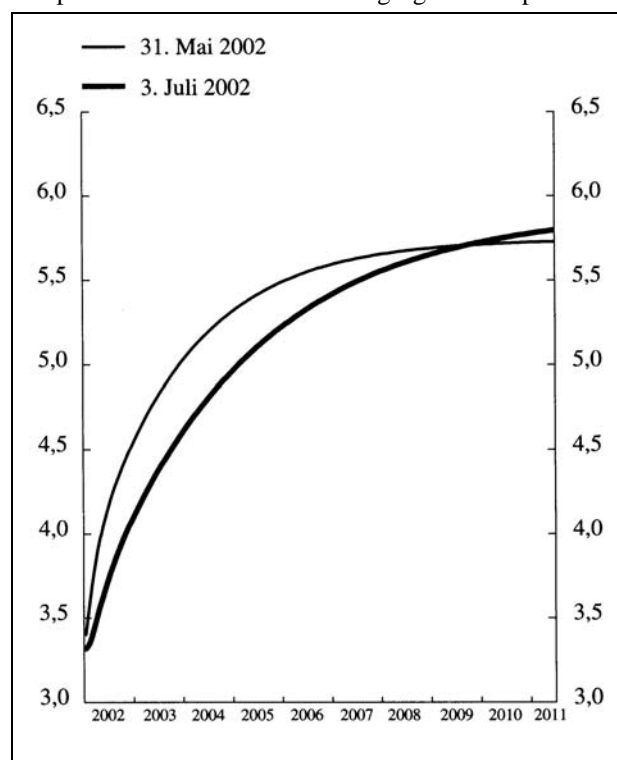
Die zweite Säule umfasst eine Reihe von Frühindikatoren für Inflationsentwicklung und Stabilitätsrisiken. Diese Indikatoren sind in die im

Juni-Monatsbericht veröffentlichten Projektionen der makroökonomischen Entwicklung im Euro-Raum eingegangen. Sie beinhalten das bereits im Herbst erwartete Aufschwungsszenario, welches schon für sich genommen die Risiken für die Preisniveaustabilität erhöht. Darüber hinaus hat die EZB gegenüber ihren letzten Projektionen vom Dezember 2001 ihre Inflationsprojektion nach oben korrigiert: für 2003 von der Bandbreite 0,9% bis 2,1% auf 1,3% bis 2,5%. Begründet wird diese Revision mit höherem Nominallohnwachstum und den indirekten verzögerten Wirkungen höherer Ölpreise. Gemäß dem mittleren Wert der Projektionen würde bei Leitzinskonstanz das Politikziel einer Inflationsrate von unter 2% im Jahr 2003 gerade eben erreicht. Damit hat sich die EZB für die höchste Projektion entschieden, die sie nicht unter unmittelbarem Handlungszwang setzt: Wäre die projizierte Inflation höher, müsste die Zentralbank wohl schon jetzt mit Leitzinssteigerungen reagieren.

Abbildung 12:

Terminzinsstrukturkurve im Euroraum

- Implizite Terminzinssätze für Tagesgeld in % p. a. -



Quelle: EZB, Monatsbericht Juli 2002.

Alles in allem scheint die EZB die Öffentlichkeit auf eine Leitzinserhöhung im dritten oder

spätestens im vierten Quartal vorbereiten zu wollen. Diese Einschätzung wird auch von den Kapitalmärkten geteilt, wie an der Steigung der Terminzinsstrukturkurve¹¹ im Juni abgelesen werden kann. Die EZB wird sich bei der Entscheidung über das Ausmaß der Zinserhöhung wesentlich von der Nominallohnentwicklung in den nächsten Monaten leiten lassen.

Die Realzinsen sind mit gut 3% am langen und etwa 1 ½% am kurzen Ende noch recht niedrig.¹² Der langjährige Durchschnitt des kurzfristigen Realzinses liegt in Deutschland bei knapp 3%. Er gibt einen einfachen, aber plausiblen Maßstab für den konjunkturalneutralen Zins ab.¹³ Insofern wird die Geldpolitik auch nach einer geringen Leitzinsanhebung in der Eurozone nicht restriktiv wirken. Weil der Aufschwung in diesem Jahr noch auf unsicheren Füßen stehen wird, sollten die Zinsschritte allerdings behutsam erfolgen. Zwar wird das Stabilitätsziel einer Inflationsrate von unter 2% im Durchschnitt dieses Jahres wahrscheinlich wiederum verfehlt. Auslaufende Basiseffekte dürften sogar dazu führen, dass die Inflationsraten in den nächsten Monaten die 2%-Marke wieder übersteigen werden. Die Geldpolitik sollte sich freilich an den langfristigen Inflationsaussichten orientieren. Das Nachlassen von Sondereffekten wie die Teuerung im Nahrungsmittelsektor und ein stärkerer Außenwert des Euro werden im Verlauf dieses Jahres zur Aufhellung dieser Aussichten beitragen. Aber nur, wenn die Nominallohnentwicklung im Euroraum moderat verläuft, kann die Zentralbank ihre Zinsanhebungen in diesem und im nächsten

Jahr mäßig ausfallen lassen, ohne ihre Glaubwürdigkeit als Garant der Preisstabilität zu gefährden.

Lohnpolitik verlässt moderaten Kurs

In diesem Frühjahr gab es eine Welle neuer Tarifabschlüsse in Deutschland. Die IG Metall hat mit Warnstreiks eine Vereinbarung durchgesetzt, die Tariflohnsteigerungen von 4% ab Juni dieses Jahres und von 3,1% ab Juli des nächsten Jahres impliziert. Auch für die meisten anderen Branchen, darunter das krisengeschüttelte Baugewerbe, wurden Anhebungen der Tariflöhne über 3% beschlossen. Auf die Kalenderjahre umgelegt, liegen die Tarifsteigerungen zwar knapp unter oder über der 3% Marke, sie schöpfen aber für die Laufzeit der Tarifverträge den vom trendmäßigen Produktivitätsanstieg und der erwarteten Teuerung begrenzten Spielraum in beiden Jahren aus. Einer Arbeitslosenzahl von rund vier Millionen Personen, die sich auch im Aufschwung nicht wesentlich verringern wird, sind diese Abschlüsse nicht angemessen. Die Lohnpolitik hat ihren moderaten Kurs verlassen.

Die Lohnsteigerungen werden die Kosten in den Unternehmen in einem Ausmaß erhöhen, das vom Produktivitätsanstieg nicht kompensiert werden kann. Zwar werden die Lohnstückkosten im nächsten Jahr infolge der konjunkturellen Erholung nicht mehr so stark zunehmen wie in diesem Jahr. Von einem Rückgang, wie im Boomjahr 2000, sind sie aber weit entfernt. Seinerzeit half dies den Unternehmen, ihre Stellung im internationalen Wettbewerb zu verbessern. Das hat Marktanteilsgewinne mit sich gebracht und dazu beigetragen, rund eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Entwicklung wird sich im jetzigen Aufschwung – auch wegen der hohen Lohnabschlüsse – nicht wiederholen.

Im globalen Wettbewerb werden die Unternehmen den Anstieg der Arbeitskosten nur wenig überwälzen können. Die konjunkturell bedingte Zunahme der Gewinne wird schwächer als in den Jahren davor ausfallen. Anregungen zur Stärkung der Investitionstätigkeit werden von der Ertragslage nicht ausgehen, und die Unternehmen werden sich im derzeitigen konjunkturellen Aufschwung beim Aufbau zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse zurückhalten. Deshalb wird mit dieser Lohnpolitik auch die für einen anhaltenden Aufschwung

¹¹ Die in den Monatsberichten der EZB regelmäßig veröffentlichte implizite Terminzinsstrukturkurve spiegelt die Einschätzungen der Märkte über die zukünftigen kurzfristigen Zinssätze und somit über die zukünftige Leitzinspolitik im Euroraum wider.

¹² Hier werden die Realzinsen am kurzen Ende mit der Differenz zwischen Dreimonatsgeld (EURIBOR) und der gegenwärtigen Inflationsrate (gemessen am HVPI) geschätzt; die Schätzung für das lange Ende ergibt sich aus der Differenz zwischen zehnjährigen Staatstiteln des Euroraums und langfristigen Inflationserwartungen der Märkte, wie sie aus Konsensprognosen oder inflationsindexierten französischen Staatstiteln gewonnen werden können.

¹³ Die Realzinsen waren in Deutschland im Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte wohl aufgrund des Vertrauens der Finanzmärkte in die Geldpolitik der Bundesbank relativ niedrig. Die EZB ist auf dem Weg, sich eine ähnliche Reputation aufzubauen und damit der Eurozone vergleichbar günstige durchschnittliche Realzinsen zu verschaffen.

dringend notwendige Stärkung der Binnennachfrage nicht erreicht werden.

Die vereinbarten Tariflohnsteigerungen vertragen sich auch nicht mit der breiten Streuung der Leistungskraft der Betriebe in den Branchen. Während einige Unternehmen den erhöhten Löhnen standhalten können, dürfte dies anderen, vor allem kleinen, schwer fallen. Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen lassen zwar Abweichungen von den Abschlüssen zu, sie dürften aber nur in Extremsituationen, z. B. bei Existenznot der Unternehmen, und damit zu spät, wirksam werden.

Tabelle 11:
Entwicklung von Produktivität, Arbeitskosten und Lohnstückkosten in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2000	2001	2002	2003
Produktivität ^a	2,3	1,4	1,5	2,3
Arbeitskosten ^b	1,7	2,0	2,9	3,1
Lohnstückkosten ^c	-0,6	0,6	1,3	0,8

^a Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde in Preisen von 1995. – ^b Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland). – ^c Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2002: Prognose des IWH.

Finanzpolitik unter dem Primat der Haushaltskonsolidierung

Die merkliche Verschlechterung der öffentlichen Finanzen ließ zu Anfang des Jahres die Befürchtung aufkommen, dass sogar die Maastricht-Obergrenze von 3% verletzt werden könnte. Die Situation spitzte sich so zu, dass ein „Blauer Brief“ von der Europäischen Kommission im Frühjahr des laufenden Jahres immer wahrscheinlicher wurde.¹⁴ Da die Kommission der Haushaltspolitik der Bundesregierung grundsätzlich zustimmte, und die Zielverfehlungen vor allem konjunktureller Natur waren, hätte man die Mahnung hinnehmen und bei Fortführung des finanzpolitischen Kurses einen „nahezu ausgeglichenen“ öffentlichen Haushalt im

¹⁴ An einen „Blauen Brief“ sind keine Konsequenzen geknüpft. Es ist lediglich ein Instrument der Frühwarnung, bevor es zu einer weiteren Verschlechterung der Situation kommt.

Jahr 2006 vorlegen können. Damit hätte sich die Finanzpolitik trotz voranschreitender Konsolidierung einen gewissen Handlungsspielraum bewahrt.

Die Regierung entschied sich jedoch, einen „Blauen Brief“ auf jeden Fall zu vermeiden. Deutschland verpflichtete sich, trotz der schlechteren Ausgangslage an dem ursprünglichen Plan, bereits im Jahr 2004 einen ausgeglichenen Gesamthaushalt vorzulegen, festzuhalten. Die Folge ist, dass der Konsolidierungskurs wesentlich verschärft werden muss.

Mittlerweile wurden erste Schritte zur Umsetzung des ehrgeizigen Vorhabens unternommen. In einem föderativen Staat wie der Bundesrepublik wirken an der Entstehung des öffentlichen Defizits mehrere Ebenen mit. Soll ein gesamtstaatliches Defizitziel erreicht werden, ist dafür Sorge zu tragen, dass sich alle Handlungsträger an dieses Ziel binden. Hierzu ist am 21. März dieses Jahres im Finanzplanungsrat, dem Gremium, das die Haushaltsplanungen von Bund und Ländern koordinieren soll, eine Vereinbarung getroffen worden. Um das gesamtstaatliche Defizit auf null zu senken, verpflichteten sich der Bund, seine Ausgaben um 0,5% zurückzuführen, und die Länder, den Anstieg der ihren auf 1% zu begrenzen.¹⁵

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2003 bestätigt die Erwartung, dass der Bund bemüht sein würde, den vereinbarten Ausgaberahmen einzuhalten. Während für einige Ressorts deutliche Ausgabenzuwächse eingestellt wurden, soll bei anderen Positionen gespart werden. Es zeigt sich, dass es den Politikern gelungen ist, vor dem Hintergrund knapper finanzieller Ressourcen politische Schwerpunkte zu setzen und die Ausgabenstruktur zu verbessern. So steigen die Ausgaben für „Bildung und Forschung“ und die Kohlesubventionen sinken – was aber schon seit längerem festgelegt war. Die größten Zuwächse zeigen sich in den Ressorts „Inneres“ und „Verteidigung“. Bei näherer Betrachtung gehen sie aber lediglich darauf zurück, dass die Ausgaben im Rahmen des Anti-Terror-Pakets erstmals in den Einzelhaushalten erfasst werden. Für den Ausgabenrückgang ist in hohem Maße die unterstellte Entwicklung der

¹⁵ Dieser Vereinbarung liegt die Finanzstatistik zu Grunde. Die Länder übernehmen in diesem Rahmen die Verantwortung für die Kommunen.

Zinsausgaben verantwortlich. Diese sinken aber nicht, weil im letzten Jahr ein verstärkter Schuldenabbau stattgefunden hätte, sondern weil für den durchschnittlichen Zins für Staatsschulden ein deutlicher Rückgang unterstellt wird.

Die Ausgabenbegrenzung reicht jedoch nicht aus, die Neuverschuldung des Bundes auf null zu senken. Dies ist erst für das Jahr 2006 geplant. Dazu wird gegenüber den ursprünglichen Planungen verstärkt auf Privatisierungserlöse zurückgegriffen. Dabei dürfte es sich um den Verkauf von Telekom- und Postaktien handeln, die wegen des zur Zeit ungünstigen Kurses bei der KfW zwischengeparkt werden. Dies ist aber lediglich ein Finanzierungsvorgang, d. h. die Defizitquote in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird von dieser Transaktion nicht reduziert. Insgesamt wird deutlich, dass die Begrenzung des Ausgabenanstiegs lediglich eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für die Rückführung der Defizitquote in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist.

Darüber hinaus steht die entscheidende Bewährungsprobe der Vereinbarung noch bevor, denn der Beschluss weist eine Schwachstelle auf. Der Ausgabenanstieg betrifft die Länder und Kommunen in ihrer Gesamtheit. Es ist nicht festgelegt, welchen Anteil die einzelnen Bundesländer für sich in Anspruch nehmen können. Außerdem enthält die Regelung keinen Sanktionsmechanismus, der bei Fehlverhalten greifen kann. Der Anreiz für das einzelne Land, die „Gesamt-Länder-Quote“ einzuhalten, ist somit gering. Darüber hinaus besteht auch keine Einigung über das Kriterium, nach dem diese Anteile festgelegt werden sollen. Erinnerung man sich an die Auseinandersetzungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, so erscheint es eher unwahrscheinlich, dass eine schnelle und konflikt-

freie Lösung gefunden wird. Insgesamt lassen sich Zweifel an einer Einhaltung der Ausgabenbegrenzung nicht ohne weiteres entkräften.

Dennoch ist der Druck zur Konsolidierung hoch. Daher sind in dieser Prognose dort, wo Ausgaben als hinreichend flexibel und kurzfristig beeinflussbar erscheinen, Sparmaßnahmen unterstellt worden. So schreitet die quantitative Konsolidierung im Jahr 2003 rasch voran. Ein „nahezu ausgeglichener“ Gesamthaushalt wird im Jahr 2004 mit diesen Kürzungen aber nicht erreicht.

Das Ergebnis steht in direktem Widerspruch zu den Aussagen des Bundesfinanzministers, ein neues „Sparpaket“ sei nicht nötig. Dem ist nicht so. Trotz Sparbemühungen kann ein „nahezu ausgeglichener“ öffentlicher Gesamthaushalt erst im Jahr 2006 erwartet werden. Im Übrigen sind auch im Bundeshaushalt 2003 Einsparungen angesetzt; sie sind allerdings nicht in einem Paket aufgelistet worden.

Die qualitative Konsolidierung wird aber auch im Prognosezeitraum zurückbleiben. Kann für den Bundeshaushalt festgestellt werden, dass in den Planungen eine Verbesserung der Ausgabenstruktur angelegt ist, so gilt dies für die prognostizierte Entwicklung des Gesamthaushalts nicht.

Arbeitskreis Konjunktur

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

*Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Christian Dreger,
Ruth Grunert, Ingrid Haschke, Axel Lindner,
Brigitte Loose, Klaus Weyerstraß*

* * *

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Prognose des IWH

Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,2	-0,2	0,5	-0,4	-0,1	0,4	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,7	-0,4	-0,4	0,1	-0,9	0,0	-0,8
Arbeitsstage	-0,3	0,0	0,1	-0,7	0,7	-0,2	0,4
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,8	-0,6	0,2	-0,9	-0,3	0,2	0,2
Produktivität 1)	1,4	1,5	2,3	0,6	2,4	2,5	2,2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0,6	0,9	2,5	-0,3	2,1	2,7	2,3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1611,3	1641,2	1695,1	794,0	847,2	821,8	873,3
Private Haushalte 2)	1218,1	1239,6	1286,6	601,5	638,0	626,1	660,5
Staat	393,2	401,6	408,5	192,4	209,2	195,7	212,8
Anlageinvestitionen	417,8	408,2	423,2	194,7	213,5	200,2	223,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	190,8	183,1	197,4	86,7	96,4	92,4	105,0
Bauten	227,0	225,1	225,9	108,0	117,1	107,8	118,1
Vorratsveränderungen 3)	-5,2	-4,4	12,4	-0,3	-4,1	16,4	-4,0
Inländische Verwendung	2023,9	2044,9	2130,7	988,4	1056,6	1038,4	1092,3
Außenbeitrag	39,1	66,8	60,7	37,8	29,1	28,3	32,5
Exporte	721,4	757,9	837,9	367,5	390,4	403,7	434,2
Importe	682,3	691,0	777,2	329,7	361,3	375,4	401,8
Bruttoinlandsprodukt	2063,0	2111,8	2191,4	1026,2	1085,6	1066,6	1124,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	1,9	3,3	1,0	2,7	3,5	3,1
Private Haushalte 2)	3,0	1,8	3,8	0,6	2,9	4,1	3,5
Staat	2,3	2,1	1,7	2,3	2,0	1,7	1,7
Anlageinvestitionen	-4,6	-2,3	3,7	-4,7	0,0	2,8	4,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3,4	-4,1	7,8	-7,9	-0,4	6,5	8,9
Bauten	-5,7	-0,8	0,3	-2,0	0,4	-0,2	0,8
Inländische Verwendung	0,3	1,0	4,2	-0,9	2,9	5,1	3,4
Exporte	5,6	5,1	10,6	1,7	8,4	9,8	11,2
Importe	1,0	1,3	12,5	-4,0	6,7	13,8	11,2
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,4	3,8	1,1	3,6	3,9	3,6

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1506,5	1514,4	1542,3	740,5	773,9	755,3	786,9
Private Haushalte 2)	1120,9	1124,0	1147,2	547,8	576,2	560,4	586,7
Staat	385,6	390,4	395,1	192,7	197,7	194,9	200,2
Anlageinvestitionen	420,8	410,2	422,6	195,6	214,5	199,9	222,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	192,3	183,7	195,9	87,1	96,5	91,8	104,0
Bauten	228,5	226,5	226,8	108,5	118,0	108,1	118,7
Vorratsveränderungen 3)	-14,1	-12,4	4,4	-6,3	-6,1	10,4	-6,0
Inländische Verwendung	1913,2	1912,1	1969,3	929,8	982,3	965,6	1003,6
Außenbeitrag	66,4	85,5	78,8	46,5	38,9	37,3	41,5
Exporte	689,9	719,2	781,6	350,5	368,6	378,7	402,9
Importe	623,5	633,7	702,7	304,0	329,7	341,3	361,4
Bruttoinlandsprodukt	1979,6	1997,6	2048,1	976,4	1021,2	1003,0	1045,1
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1972,7	1987,7	2036,6	972,1	1015,6	997,8	1038,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,3	0,5	1,8	-0,3	1,3	2,0	1,7
Private Haushalte 2)	1,1	0,3	2,1	-0,8	1,3	2,3	1,8
Staat	1,7	1,3	1,2	1,3	1,2	1,1	1,3
Anlageinvestitionen	-4,8	-2,5	3,0	-4,9	-0,2	2,2	3,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3,6	-4,5	6,6	-8,3	-0,8	5,4	7,8
Bauten	-5,8	-0,9	0,1	-2,1	0,3	-0,4	0,6
Inländische Verwendung	-1,0	-0,1	3,0	-1,9	1,8	3,9	2,2
Exporte	4,7	4,2	8,7	1,9	6,6	8,0	9,3
Importe	0,1	1,6	10,9	-2,8	6,1	12,3	9,6
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,9	2,5	-0,3	2,1	2,7	2,3
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	0,5	0,8	2,5	-0,4	1,9	2,6	2,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben 2)	1,8	1,5	1,7	1,4	1,6	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,9	0,5	1,0	0,8	0,6	0,5
Anlageinvestitionen	0,2	0,2	0,6	0,2	0,2	0,6	0,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,3	0,5	1,1	0,5	0,5	1,0	1,1
Bauten	0,2	0,0	0,2	0,0	0,1	0,2	0,2
Exporte	0,8	0,8	1,7	-0,2	1,8	1,7	1,8
Importe	1,0	-0,4	1,4	-1,3	0,5	1,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	1,3	1,4	1,2	1,4	1,5	1,2	1,2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	1567,2	1590,8	1654,7	773,5	817,3	806,3	848,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	208,5	213,2	222,0	101,8	111,4	106,2	115,8
Bruttolöhne und -gehälter	901,3	921,8	952,9	431,3	490,5	446,3	506,6
Übrige Primäreinkommen 4)	457,4	455,8	479,8	240,4	215,4	253,8	226,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	175,2	187,0	190,8	87,7	99,3	89,4	101,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1742,4	1777,9	1845,5	861,2	916,7	895,7	949,8
Abschreibungen	312,2	321,9	331,9	159,9	161,9	164,9	167,0
Bruttonationaleinkommen	2054,6	2099,8	2177,4	1021,2	1078,6	1060,6	1116,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1531,1	1554,6	1610,2	749,7	804,9	778,3	831,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	421,4	419,6	435,2	216,6	203,0	225,7	209,5
Arbeitnehmerentgelt	1109,7	1135,0	1174,9	533,1	601,9	552,5	622,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	2,6	1,5	4,0	0,2	2,7	4,2	3,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,0	2,3	4,1	1,7	2,8	4,3	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	2,1	2,3	3,4	1,7	2,8	3,5	3,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,8	2,6	2,8	2,1	3,0	3,0	2,6
Übrige Primäreinkommen 4)	4,4	-0,4	5,3	-2,8	2,6	5,6	4,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-6,9	6,8	2,0	3,4	9,9	1,9	2,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1,6	2,0	3,8	0,5	3,5	4,0	3,6
Abschreibungen	3,2	3,1	3,1	3,2	3,0	3,1	3,1
Bruttonationaleinkommen	1,8	2,2	3,7	1,0	3,4	3,9	3,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,7	1,5	3,6	0,0	3,1	3,8	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,2	-0,4	3,7	-4,1	3,8	4,2	3,2
Arbeitnehmerentgelt	1,9	2,3	3,5	1,7	2,8	3,6	3,4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 2)

a) Mrd. Euro

Masseneinkommen	935,0	958,8	985,7	458,0	500,8	471,6	514,1
Nettolöhne und -gehälter	589,5	600,2	618,9	279,6	320,6	289,5	329,4
Monetäre Sozialleistungen	416,7	431,6	442,4	214,8	216,8	220,0	222,4
abz. Abgaben auf monetäre Sozialleistungen 5)	71,2	73,0	75,5	36,4	36,6	37,9	37,6
Übrige Primäreinkommen 4)	457,4	455,8	479,8	240,4	215,4	253,8	226,0
Sonstige Transfers 6)	-46,0	-42,3	-41,0	-20,8	-21,5	-20,1	-20,9
Verfügbares Einkommen	1346,4	1372,3	1424,5	677,6	694,7	705,3	719,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,9	10,2	10,5	4,8	5,4	4,9	5,6
Konsumausgaben	1218,1	1239,6	1286,6	601,5	638,0	626,1	660,5
Sparen	138,2	142,9	148,4	80,8	62,1	84,1	64,3
Sparquote (%) 7)	10,2	10,3	10,3	11,8	8,9	11,8	8,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,1	2,5	2,8	2,3	2,8	3,0	2,7
Nettolöhne und -gehälter	3,4	1,8	3,1	1,4	2,1	3,5	2,8
Monetäre Sozialleistungen	2,6	3,6	2,5	3,5	3,6	2,4	2,5
abz. Abgaben auf monetäre Sozialleistungen 5)	2,4	2,5	3,4	2,4	2,6	4,0	2,8
Übrige Primäreinkommen 4)	4,4	-0,4	5,3	-2,8	2,6	5,6	4,9
Verfügbares Einkommen	3,5	1,9	3,8	0,9	3,0	4,1	3,5
Konsumausgaben	3,0	1,8	3,8	0,6	2,9	4,1	3,5
Sparen	8,1	3,4	3,8	3,0	3,9	4,1	3,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 8)

a) Mrd.Euro

	2001	2002	2003	2002 1.Hj.	2002 2.Hj.	2003 1.Hj.	2003 2.Hj.
Einnahmen							
Steuern	476,6	491,3	515,8	235,7	255,6	250,4	265,4
Sozialbeiträge	383,6	397,5	410,4	190,9	206,6	197,3	213,1
Vermögenseinkommen	19,1	20,1	18,7	13,9	6,1	12,5	6,2
Sonstige laufende Transfers	14,2	13,9	14,0	6,9	7,0	7,0	7,1
Vermögenstransfers	8,5	8,6	8,9	4,4	4,3	4,5	4,4
Verkäufe	40,7	40,1	40,4	18,7	21,5	19,0	21,4
Sonstige Subventionen	0,9	0,9	1,0	0,4	0,5	0,4	0,6
Insgesamt	943,5	972,5	1009,2	470,9	501,6	491,0	518,2
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	239,2	245,0	250,8	118,0	127,0	121,0	129,9
Arbeitnehmerentgelt	165,3	167,1	168,2	78,0	89,2	78,4	89,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	66,5	68,7	66,6	34,6	34,1	33,2	33,4
Subventionen	35,0	33,7	33,4	15,7	18,0	15,5	17,8
Monetäre Sozialleistungen	390,6	405,6	416,2	201,7	203,8	206,9	209,3
Sonstige laufende Transfers	34,0	36,9	40,2	17,5	19,4	19,1	21,1
Vermögenstransfers	34,5	36,1	36,1	18,3	17,8	19,3	16,7
Bruttoinvestitionen	36,1	36,0	35,3	15,7	20,3	15,4	20,0
Nichtproduzierbare Vermögensgüter	-1,4	-1,5	-1,5	-0,7	-0,8	-0,7	-0,8
Insgesamt	999,8	1027,7	1045,4	498,8	528,8	508,2	537,1
Finanzierungssaldo	-56,3	-55,2	-36,2	-28,0	-27,2	-17,2	-19,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2001	2002	2003	2002 1.Hj.	2002 2.Hj.	2003 1.Hj.	2003 2.Hj.
Einnahmen							
Steuern	-4,4	3,1	5,0	-0,2	6,3	6,2	3,8
Sozialbeiträge	1,4	3,6	3,2	3,1	4,1	3,3	3,2
Vermögenseinkommen	49,1	4,8	-6,5	12,4	-9,3	-10,1	1,5
Sonstige laufende Transfers	3,8	-2,2	0,7	1,8	-5,8	0,7	0,7
Vermögenstransfers	3,3	2,1	3,0	-2,7	7,5	2,8	3,3
Verkäufe	-0,1	-1,4	0,6	-2,9	0,0	1,8	-0,4
Sonstige Subventionen	-10,9	3,3	5,4	-4,9	10,2	5,1	5,6
Insgesamt	-1,0	3,1	3,8	1,3	4,7	4,3	3,3
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	3,3	2,4	2,4	2,3	2,5	2,5	2,3
Arbeitnehmerentgelt	0,4	1,1	0,7	1,2	1,1	0,6	0,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-2,3	3,3	-3,1	4,0	2,7	-4,0	-2,1
Subventionen	0,5	-3,7	-1,0	-3,1	-4,2	-1,0	-1,1
Monetäre Sozialleistungen	2,7	3,8	2,6	3,7	3,9	2,6	2,7
Sonstige laufende Transfers	-2,3	8,7	8,9	6,6	10,7	9,3	8,6
Vermögenstransfers	12,6	4,7	-0,1	8,8	0,8	5,5	-6,0
Bruttoinvestitionen	-2,5	-0,2	-1,9	-1,7	0,9	-1,9	-1,9
Insgesamt	7,6	2,8	1,7	2,9	2,7	1,9	1,6

- 1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.
- 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 4) Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
- 5) Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.
- 6) Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
- 7) Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
- 8) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
- 9) Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen:

Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2. Hj. 2002: Prognose des IWH (Stand: 3. Juli 2002).

Konsolidierung dominiert Finanzpolitik

Mit der Unterzeichnung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes haben sich die Euro-Länder verpflichtet, ihre Staatshaushalte mittelfristig auszugleichen oder Überschüsse zu erzielen. Für Deutschland zeichnete sich im Frühjahr dieses Jahres wie schon im Vorjahr eine deutliche Überschreitung des Defizitziels ab. Trotz der spürbar verschlechterten Ausgangslage verpflichtete sich Deutschland, an den ursprünglichen Plänen festzuhalten und für das Jahr 2004 einen ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalt vorzulegen. Dazu wird eine massive Verschärfung des Konsolidierungskurses notwendig sein. Der finanzpolitische Spielraum schmilzt dahin.

Es steht außer Frage, dass konsolidiert werden muss, wenn heutige Finanzpolitik langfristig nicht tragbar ist. Aber darüber, wie und unter welchen Bedingungen konsolidiert werden soll, gehen die Auffassungen auseinander. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt wird eine quantitative Konsolidierung in den Vordergrund gestellt, die über die mittlere Frist abgeschlossen sein soll. So wurde ein Primat der eher kurzfristig orientierten Haushaltspolitik über die eher mittel- bis langfristig orientierte Finanzpolitik geschaffen. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit Hilfe finanzpolitischer Maßnahmen wird zumindest eingeschränkt, wenn nicht sogar temporär unmöglich. Die zeitliche Straffung des Kurses erhöht die volkswirtschaftlichen Kosten der Konsolidierung.

Eine Projektion der finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Gesamtstaates in den Jahren 2002 bis 2006 zeigt, dass die qualitative Konsolidierung kaum vorankommen wird. Vor allem die strukturellen Fehlentwicklungen, die sich in den Haushalten der verschiedenen Ebenen niederschlagen, belasten die öffentlichen Finanzen auch während der mittelfristigen Finanzplanungsperiode. Dennoch: Die politische Selbstbindung vom Frühjahr lässt der Finanzpolitik keine Alternative. Die Konsolidierung wird zeitlich gestrafft werden. Allerdings wird nach der vorliegenden Projektion ein „nahezu ausgeglichener“ öffentlicher Gesamthaushalt im Jahr 2004 nicht erreicht.

Entwicklung der öffentlichen Finanzen 2002 bis 2006

Im Vorfeld der Euro-Einführung trat die Befürchtung auf, dass exzessive Budgetdefizite einzelner Staaten die Europäische Zentralbank letztlich zur Finanzierung von Staatsschulden nötigen könnten, was wiederum die Stabilität des Euro potentiell gefährden würde. Die Mitgliedsstaaten vereinbarten daher im Stabilitäts- und Wachstumspakt, ihre Haushalte mittelfristig auszugleichen oder Überschüsse zu erzielen. Zur Umsetzung des Paktes wurde beschlossen, dass jedes Land sein Konsolidierungsvorhaben jährlich zu aktualisieren und darzulegen habe. Dazu ist auf der Grundlage einer angenommenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in sogenannten Stabilitätsprogrammen die finanzwirtschaftliche Entwicklung des Staates über eine mittlere Frist von fünf Jahren zu projizieren.

Für Deutschland zeichnete sich im Frühjahr dieses Jahres – bei deutlich schwächerem wirtschaftlichen Wachstum als angenommen – ab, dass die Defizitquote auch im laufenden Jahr merklich über der im aktuellen Stabilitätsprogramm anvisierten Quote liegen würde. Trotz der schlechteren Ausgangslage verpflichtete sich der Finanzminister, an den ursprünglichen Plänen festzuhalten und im Jahr 2004 einen „nahezu ausgeglichenen“ öffentlichen Gesamthaushalt vorzulegen, was nach allgemeiner Auffassung einer Defizitquote von 0,5% entspricht. Sollen diese Zielvorstellungen in die Realität umgesetzt werden, so muss der Konsolidierungskurs gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen massiv verschärft werden.

Die nachfolgende Projektion zeigt die Entwicklung der öffentlichen Finanzen über den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2006.¹⁶ Dafür ist eine Reihe von Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erforderlich. Die Grundlage der folgenden Berechnungen für die Jahre 2002 und 2003 ist die aktuelle Kon-

¹⁶ Die mittelfristige Finanzplanungsperiode wird ab Sommer dieses Jahres bis zum Jahr 2006 erweitert. Die finanzwirtschaftliche Projektion des Bundes für diese Periode, das Stabilitätsprogramm 2002, wird zum Ende des Jahres erscheinen.

junkturprognose des IWH.¹⁷ Für den Zeitraum 2004 bis 2006 wurde die wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe der mittelfristigen Einschätzung des Bundesministeriums der Finanzen vom Mai dieses Jahres fortgeschrieben. Wie in der IWH-Prognose wird darüber hinaus unterstellt, dass die Regierung bestrebt sein wird, im Jahr 2004 einen „nahezu ausgeglichenen“ Gesamthaushalt vorzulegen, dass Maßnahmen dazu aber erst ab dem Jahr 2003 ergriffen werden.

Konsolidierung kann sowohl über die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite erfolgen. Steuern und Sozialbeiträge sind allerdings in der Regel mit negativen Anreizen auf die wirtschaftliche Aktivität verbunden.¹⁸ Die Abgabenquote ist schon heute hoch – und ebenso die daraus resultierenden allokativen Verzerrungen. Eine Erhöhung der Einnahmen wird daher nicht unterstellt, sondern es wird davon ausgegangen, dass sich die Konsolidierung auf die Ausgabenseite beschränkt.¹⁹ Da staatliche Aktivität prinzipiell in Gefahr steht, private zu verdrängen, hat dieses Vorgehen den Vorteil, dass eine Senkung der Staatsquote tendenziell Effizienzgewinne erwarten lässt. Tabelle 1 gibt die Entwicklung der öffentlichen Finanzen unter diesen Rahmenbedingungen wieder.

Es zeigt sich, dass das Ziel eines „nahezu ausgeglichenen“ öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2004 ambitioniert ist. Allein die in der Projektion unterstellten Ausgabenkürzungen werden im politischen Prozess nicht leicht durchzusetzen sein. Trotzdem liegt die Defizitquote im Jahr 2004 noch bei 1,1%. Um sie auf 0,5% zu senken, wären zusätzliche Einsparungen in Höhe von knapp 14 Mrd. Euro notwendig. Ein „nahezu ausgeglichenes“ Budget ist unter den gegebenen Annahmen erst für das Jahr 2006 realistisch.

¹⁷ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunktur 2002 und 2003: Achillesferse Investitionstätigkeit, in dieser Ausgabe, S. 279-304.

¹⁸ Dies gilt nicht für den Fall der Erhebung von Lump-Sum-Steuern oder der Korrektur negativer Externalitäten durch Steuern.

¹⁹ Lediglich die bereits heute gesetzlich fixierten Änderungen werden auf der Einnahmenseite berücksichtigt. Dies sind die letzte Stufe der Ökosteuer und die Anhebung der Tabaksteuer zum 1. Januar 2003, vor allem aber die zweite und dritte Stufe der „Steuerreform 2000“. Zu den unterstellten Ausgabenkürzungen: vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR, a. a. O., S. 296.

Konsolidierung ist prinzipiell richtig ...

Es steht außer Frage, dass konsolidiert werden muss, wenn heutige Finanzpolitik dazu führt, den finanzpolitischen Handlungsspielraum von morgen übermäßig einzuengen oder gar zu verschenken. Dies ist dann der Fall, wenn wachsende Staatsschulden immer höhere Zinsausgaben nach sich ziehen und sich die für andere Ausgaben zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verringern.

In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion wird diesem Umstand unter dem Begriff „Nachhaltigkeit“ Rechnung getragen. Nachhaltig ist Finanzpolitik dann, wenn die derzeitige Politik auch in Zukunft aufrechterhalten werden könnte. Zur Beurteilung der Nachhaltigkeit bedarf es eines geeigneten Kriteriums.²⁰

In den Stabilitätsprogrammen werden die Fortschritte anhand des laufenden Defizits gemessen. Dies ist allerdings ein schlechter Indikator für die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik.²¹ Es ist sehr stark gegenwartsbezogen. Nachhaltigkeit muss hingegen über einen längeren Zeitraum untersucht werden. Das laufende Defizit kann beispielsweise durch das Verschieben von Einnahmen und Ausgaben zwischen Haushaltsjahren manipuliert werden.

²⁰ Um Nachhaltigkeit zu beurteilen, muss eine langfristige Untersuchung auf Basis des heutigen finanzpolitischen Kurses erfolgen. Eigentlich müsste dafür ein unendlicher Planungshorizont angesetzt werden. Dies ist nicht praktikabel. Die grundlegenden Konzepte sind das OECD-Konzept der „Fiscal Sustainability“, dem ein Zeitraum von gut 30 Jahren zu Grunde liegt, und die Generationenbilanzierung. Die Bundesbank, die den zweiten Ansatz verfolgt, legt einen Zeitraum von 250 Jahren zu Grunde. Vgl. CHOURAQUI, J.-C.; HAGEMANN, R. P.; SARTOR, N.: Indicators of Fiscal Policy – A Re-Examination, in: OECD Working Papers, No. 78, April 1990. – DEUTSCHE BUNDESBANK: Die fiskalische Belastung zukünftiger Generationen – eine Analyse mit Hilfe des General Accounting, in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, November 1997, S. 17-30. Diese Untersuchungen basieren auf einer Reihe von Setzungen und Annahmen, die wiederum das Ergebnis stark beeinflussen. Letztlich leitet man dabei einen oder mehrere Indikatoren ab, anhand derer die Nachhaltigkeit beurteilt werden soll. Die den theoretischen Anforderungen genügenden Indikatoren sind allerdings komplex und intransparent. Als Hilfsgröße bietet sich das laufende Defizit an, das leicht zu bestimmen und noch dazu aus dem Regierungsprogramm, der Haushalts- und Finanzplanung, ohne weiteres abzulesen ist.

²¹ Vgl.: WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN: Nachhaltigkeit der Finanzpolitik, Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte, 2001, <http://www.bundesfinanzministerium.de>, S. 10 ff.

Tabelle 1:
Szenario der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Staates
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr -

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Einnahmen	-1,0	3,1	3,8	3,0	1,3	4,2
Steuern	-4,4	3,1	5,0	3,8	-0,2	5,4
Sozialbeiträge	1,4	3,6	3,2	3,4	3,3	3,3
Vermögenseinkommen	49,1	4,8	-6,5	-18,1	0,1	0,1
Sonstige laufende Transfers	3,8	-2,2	0,7	0,0	0,0	0,0
Vermögenstransfers	3,3	1,9	3,1	3,0	3,0	3,8
Verkäufe	-0,1	-1,4	0,6	0,1	-0,1	-0,1
Sonstige Subventionen	-10,9	3,2	5,4	0,0	0,0	0,0
Ausgaben	7,6	2,8	1,7	1,9	1,8	1,9
Arbeitnehmerentgelte	0,4	1,1	0,7	0,4	0,7	0,7
Soziale Sachleistungen	3,3	2,4	2,4	2,1	2,3	2,3
Vermögenseinkommen	-2,3	3,3	-3,0	-5,2	0,6	-0,6
Subventionen	0,5	-3,7	-1,0	-0,7	-0,7	-0,7
Monetäre Sozialleistungen	2,7	3,8	2,6	3,5	2,9	3,2
Sonstige laufende Transfers	-2,3	8,7	8,9	8,5	0,0	1,6
Vermögenstransfers	12,6	4,7	-0,1	1,9	-0,9	-4,5
Bruttoinvestitionen	-2,5	-0,3	-1,8	-4,4	-0,6	1,9
Sonstiges ^a	-7,2	8,4	1,8	0,8	1,4	1,3
<i>in Relation zum nominalen BIP</i>						
Finanzierungssaldo	-2,7	-2,6	-1,7	-1,1	-1,3	-0,3
<i>Nachrichtlich: Veränderung gegenüber dem Vorjahr</i>						
Nominales Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,4	3,8	3,5	3,5	3,5

^a Sonstige Produktionsabgaben und nichtproduzierte Vermögensgüter; 2000 bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Projektion des IWH.

Darüber hinaus enthält es nur einen Teil der öffentlichen Verschuldung, denn die implizite Verschuldung des umlagefinanzierten Rentensystems wird nicht abgebildet. Außerdem impliziert die Forderung nach einem mittelfristig ausgeglichenen Defizit die Annahme, dass sich die Auf- und Abschwungphasen im Konjunkturzyklus in mittlerer Frist ausgleichen. Vor allem, wenn es zu einer länger anhaltenden Wachstumsschwäche kommt, ist das laufende Defizit als Indikator ungeeignet.

Es hat aber noch einen weiteren gravierenden Mangel: Das laufende Defizit ist von der Politik

nicht wirklich kontrollierbar, denn es schwankt mit der konjunkturellen Entwicklung. Der Grund sind die so genannten „automatischen Stabilisatoren“. Dies sind Ausgaben – wie z. B. Transfers an Arbeitslose, die in ihrer Summe im Abschwung (Aufschwung) steigen (sinken) – oder Einnahmen – wie z. B. Einkommensteuern, die im Abschwung (Aufschwung) sinken (steigen). Dies hat zur Folge, dass das öffentliche Defizit im Abschwung (Aufschwung) zunimmt (abnimmt), was ceteris paribus eine stabilisierende Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung hat.

Finanzwirtschaftliche Projektionen sind immer bedingte Prognosen. Sie beruhen auf einer Annahme über die wirtschaftliche Entwicklung in einem Zeitraum von mehreren Jahren. Weicht die tatsächliche wirtschaftliche Bewegung vom zu Grunde gelegten Verlauf ab, sind Zielverfehlungen vorprogrammiert – und werden insbesondere dann zu einem Problem, wenn die konjunkturelle Entwicklung überschätzt wurde und die Defizite damit größer ausfallen. Um solche Situationen zu vermeiden, sollten sich die Konsolidierungspläne auf den Teil des Defizits beziehen, den der Staat kontrollieren kann: das strukturelle Defizit.²² Damit wäre auch gewährleistet, dass das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren nicht eingeschränkt wird.²³

Die Stabilitätsprogramme sind jedoch auf die laufenden Defizitquoten ausgerichtet und erwecken noch dazu den Eindruck, als handele es sich um Punktziele. Dabei basieren die Stabilitätsprogramme nur am aktuellen Rand auf einer Konjunkturprognose, mittelfristig aber auf einer trendmäßigen Entwicklung. Damit kann auch die finanzwirtschaftliche Entwicklung nur als Trend mit einem, um die konjunkturelle Komponente bereinigten Defizit aufgefasst werden.

Die vorgelegte Projektion hängt entscheidend von zwei Faktoren ab. Zum einen kann – wie dargelegt – die konjunkturelle Entwicklung anders verlaufen als unterstellt. Neben den üblichen Prognoserisiken kann hierzu auch die Konsolidierung selbst beitragen, denn sie ist nicht kostenlos, sondern mit einem restriktiven Impuls verbunden. Für

die Jahre 2002 und 2003 basiert die hier vorgestellte Projektion auf der aktuellen Konjunkturprognose des IWH. In ihr sind die restriktiven finanzpolitischen Impulse berücksichtigt. Während der folgenden drei Jahre beruht die Projektion auf einem mittelfristigen Trend, wie er vom Bundesministerium der Finanzen unter Berücksichtigung des ursprünglichen Konsolidierungskurses berechnet wurde. Bei zusätzlichen Ausgabenkürzungen dürfte die wirtschaftliche Entwicklung tendenziell überschätzt sein.

Zum anderen kann der zu Grunde gelegte Trend falsch eingeschätzt sein. Der durchschnittliche Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts ist in der Projektion mit 3½% angesetzt. In den vergangenen zehn Jahren nahm das Bruttoinlandsprodukt zwar durchschnittlich um 3,2% zu, in den vergangenen fünf Jahren aber nur um 2,4%. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts betrachtet. Im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre legte es um 1,5%, im Fünf-Jahres-Durchschnitt um 1,8% zu. Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts entwickelte sich in den vergangenen fünf Jahren nur gedämpft. Selbst wenn die reale Entwicklung in der Prognose zutreffend abgebildet wird, kann eine verhaltene Preisentwicklung im Inland tendenziell mit einer Überschätzung des nominalen Bruttoinlandsprodukts einhergehen. Sollte sich der Wachstumspfad als zu optimistisch erweisen, sind auch die Defizitprojektionen zu günstig.

Die Kosten der Konsolidierung bestehen allerdings nicht allein in einem restriktiven Impuls. Konsolidierung bedeutet zumindest temporär den Verzicht auf eine aktive und gestaltende Finanzpolitik. Während der Konsolidierungsperiode ist die Schaffung geeigneter und die Veränderung bestehender Rahmenbedingungen nur eingeschränkt möglich. Darüber hinaus sind die Kosten, d. h. sowohl die restriktive gesamtwirtschaftliche Wirkung als auch der Verzicht darauf, den Boden für ein zukünftiges wirtschaftliches Wachstum zu bereiten, um so höher, je kürzer die Konsolidierungsperiode. Ein Kurs, der unabhängig von einer schlechteren Ausgangslage daran festhält, bis zum Jahr 2004 einen „nahezu ausgeglichenen“ Gesamthaushalt vorzulegen, kommt einer Verkürzung der Konsolidierungsperiode um zwei Jahre gleich. Dies erhöht die volkswirtschaftlichen Kosten und

²² Allerdings hat das strukturelle Budgetdefizit den entscheidenden Nachteil, dass es sich nicht eindeutig bestimmen lässt. Die Auffassungen über die geeignete Berechnungsmethode weichen stark voneinander ab. Für einen Vergleich der unterschiedlichen Konzepte: vgl. BRANDNER, P.; DIEBALEK, L.; SCHUBERT, H.: Structural Budget Deficits and Sustainability of Fiscal Positions in the European Union. Österreichische Nationalbank, Working Paper 26/1998.

²³ Die EU-Kommission ist allerdings der Auffassung, dass in Staaten, deren Defizitquote noch weit von dem Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts entfernt ist, eine Wirkung der automatischen Stabilisatoren nur eingeschränkt zugelassen werden sollte. Im Gegensatz dazu steht die, auch von der Mehrzahl der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland vertretene Meinung, dass die konjunkturellen Stabilisatoren grundsätzlich in ihrer Wirkung nicht eingeschränkt werden sollten. Vgl. DIW Berlin; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2001, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2001, S. 377 ff.

Tabelle 2:
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a

	Staatseinnahmen ^b			Staatsausgaben ^b			Finanzierungs-saldo ^b	Nachrichtlich: Zins-Steuer-Quote ^c
	Ins-gesamt	darunter:		Ins-gesamt	darunter:			
		Steuern	Sozial-beiträge		Zins-ausgaben	Brutto-investitionen		
1991	44,1	22,4	17,2	47,1	2,8	2,7	-2,9	12,6
1992	45,5	22,8	17,6	48,1	3,3	2,9	-2,6	14,3
1993	46,2	22,9	18,2	49,3	3,3	2,8	-3,1	14,6
1994	46,6	22,9	18,6	49,0	3,3	2,7	-2,4	14,6
1995 ^d	46,0	22,5	18,8	49,3	3,7	2,3	-3,3	16,3
1996	46,9	22,9	19,4	50,3	3,7	2,1	-3,4	16,0
1997	46,6	22,6	19,7	49,3	3,6	1,9	-2,7	16,1
1998	46,6	23,1	19,3	48,8	3,6	1,8	-2,2	15,6
1999	47,4	24,2	19,0	48,9	3,5	1,9	-1,6	14,6
2000 ^e	47,1	24,6	18,7	48,4	3,4	1,8	-1,3	13,7
2001	45,7	23,1	18,6	48,5	3,2	1,7	-2,7	14,0
2002	46,0	23,3	18,8	48,7	3,3	1,7	-2,6	14,0
2003	46,1	23,5	18,7	47,7	3,0	1,6	-1,7	12,9
2004	45,8	23,6	18,7	46,9	2,8	1,5	-1,1	11,8
2005	44,9	22,8	18,7	46,2	2,7	1,4	-1,3	11,9
2006	45,1	23,2	18,6	45,4	2,6	1,4	-0,3	11,2

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – ^b In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. – ^c Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – ^d Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehem. DDR (per saldo 119,4 Mrd. Euro). – ^e Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Projektion des IWH.

engt den finanzpolitischen Handlungsspielraum temporär stark ein.

... sollte aber nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Anforderungen genügen ...

Die Konsolidierung, wie sie im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegt ist, ist quantitativ ausgerichtet. Es sollte aber auch die Struktur der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen verbessert werden, d. h. die Konsolidierung sollte qualitativen Anforderungen genügen. So dienen beispielsweise Zinsausgaben lediglich der Finanzierung von Defiziten vergangener Haushaltsperioden. Ihr heutiger volkswirtschaftlicher Nutzen ist praktisch null. Dahingegen ist der Nutzen zukunftsgerichteter

Ausgaben – wie beispielsweise für Investitionen oder Bildung – weitaus höher einzuschätzen.²⁴ Eine quantitative Konsolidierung, bei der alle Ausgaben gleichermaßen gekürzt werden, dürfte zu einer Verschlechterung der Ausgabenstruktur führen.

Die vorliegende Projektion beruht auf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und damit auf hoch aggregierten Daten, die eine Bestimmung des Ausgabezwecks nur noch bedingt zulassen. Die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Staatskontos lässt sich aber ablesen. Tabelle 2 gibt die

²⁴ Für eine Analyse der Ausgaben nach ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen vgl. EUROPEAN COMMISSION: Public Finances in EMU – 2002, in: European Economy, No. 3/2002, Part III.

Entwicklung einzelner Ausgabepositionen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt seit Beginn der neunziger Jahre wieder.

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt sind die Staatsausgaben im Gefolge der deutschen Einheit bis zum Jahr 1996 kontinuierlich gestiegen. Das Gleiche gilt für die Zinsquote, die von 2,8% im Jahr 1991 auf 3,7% im Jahr 1996 angewachsen ist. Danach haben die Quoten auf hohem Niveau stagniert. Der unterstellte Konsolidierungskurs und der erwartete Rückgang des durchschnittlichen Zinses für die Staatsschulden lässt sie über den weiteren Prognosezeitraum allerdings kontinuierlich absinken. Die Investitionsquote ist bis zum Jahr 2001 auf 1,7% gesunken; und dieser Trend wird sich nach Einschätzung des IWH bis zum Ende des Projektionszeitraums nicht umkehren. Auch in Relation zu den Gesamtausgaben des Staates spiegelt sich diese Entwicklung wider. Flossen im Jahr 1992 noch 6,1% der staatlichen Gesamtausgaben in investive Zwecke, so waren es im Jahr 2001 noch 3,6%. Im Prognosezeitraum gehen sie noch weiter zurück, auf 3,1%. Hingegen ist der Anteil der monetären Sozialleistungen an den gesamten Staatsausgaben von 33,3% im Jahr 1991 auf 39,1% im Jahr 2001 (nach einem Höchststand von 40,9% im Jahr 2000) gestiegen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt lagen die monetären Sozialleistungen Anfang der neunziger Jahre noch unter 16% und pendelten sich dann auf Werte um 19% ein.

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt stiegen die Einnahmen von 44,1% im Jahr 1991 auf 47,1% im Jahr 2000 und gehen erst danach in Folge der „Steuerreform 2000“ zurück. Bis zum Ende des Projektionszeitraums werden sie sich auf diesem Niveau halten. Die Steuerquote zeigt eine ähnliche Entwicklung. Es zeigt sich, dass trotz zweier umfangreicher Steuerreformen, der Einkommensteuerreform 1999/2000/2002 und der „Steuerreform 2000“, die Steuerquote am Ende des Projektionszeitraums lediglich auf dem Niveau im Jahr 1998 gehalten werden konnte.²⁵ Zwar sind in

diesem Zeitraum gleichzeitig indirekte Steuern erhöht worden. Dies allein erklärt die Entwicklung aber nicht. Zu einem großen Teil ist die Progression im Einkommensteuertarif dafür verantwortlich, die im Zuge der Reformen sogar noch zugenommen hat.

Dies hat auch Auswirkungen auf die Zinssteuer-Quote, also den Teil der Steuereinnahmen, der für den Schuldendienst verwendet werden muss. Diese Quote sinkt seit ihrem Höchststand im Jahr 1997 kontinuierlich, was für sich genommen positiv bewertet werden muss. Eine genauere Betrachtung relativiert diese Einschätzung allerdings. Zum einen pendelt sich die Steuerquote wie gesehen auf einem relativ konstanten und hohen Niveau ein. Zum anderen kommt es zu einem an sich wünschenswerten Rückgang der Zinsausgaben. Letzterer ist aber nicht nur auf einen erfolgreichen Schuldenabbau zurückzuführen. Es wirken auch Sondereinflüsse wie z. B. die Versteigerung der UMTS-Lizenzen und der erwartete Rückgang des durchschnittlichen Zinses für Staatsschulden.

Die Sozialbeiträge sind in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt seit Beginn der neunziger Jahre gestiegen und erreichten im Jahr 1997 einen Höchststand. Nachdem mit dem – durch die Ökosteuer finanzierten – zusätzlichen Bundeszuschuss der Anstieg des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 1999 gestoppt wurde, sank die Quote leicht ab und pendelt sich seitdem auf hohem Niveau ein.

Die Entwicklung zeigt deutlich, dass eine qualitative Konsolidierung nicht stattgefunden hat und im Prognosezeitraum auch nicht erwartet wird. Während die quantitative Konsolidierung voran kommt, verschlechtert sich die Einnahmen- und Ausgabenstruktur. Diese Entwicklung dürfte noch dadurch verstärkt werden, dass es bei knapper werdendem Finanzierungsspielraum zunehmend schwieriger wird, Prioritäten zu setzen.

... und alle staatlichen Akteure einbinden

Konsolidierung erfordert in einem föderativen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland das Zusammenwirken verschiedener, mehr oder weniger autonom handelnder Akteure. Verpflichtet sich die Bundesregierung zur Einhaltung gesamtwirtschaftlicher Ziele, so muss sie sich der Mitwirkung der anderen Handlungsträger versichern. Die Verein-

²⁵ Kumuliert man die Entlastungswirkungen beider Reformen, ergibt sich ein Volumen von 56 Mrd. Euro. Vgl. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN: Bundeshaushalt 2003 und Finanzplan 2002 bis 2006; in: Anlage 1 zur Pressemitteilung Nr. 96/02 vom 19. Juni 2002; <http://www.bundesfinanzministerium.de/>

Tabelle 3:

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen^a
- in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts -

	Gebietskörperschaften			Sozialversicherungen			<i>Nachrichtlich: Staatskonsum</i>		
	Ein- nahmen	Aus- gaben	Defizit	Ein- nahmen	Aus- gaben	Defizit	Staat	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versiche- rungen
1991	27,5	31,2	-3,7	19,1	18,4	0,7	19,2	12,8	6,4
1992	28,6	31,0	-2,4	19,5	19,6	-0,1	19,8	12,9	6,9
1993	28,7	32,0	-3,3	20,6	20,4	0,2	19,9	13,1	6,8
1994	28,8	31,3	-2,5	20,6	20,5	0,1	19,7	12,7	7,0
1995 ^b	28,0	30,9	-2,9	20,7	21,1	-0,4	19,8	12,6	7,2
1996	28,3	31,3	-3,1	21,5	21,9	-0,4	19,9	12,4	7,6
1997	27,8	30,6	-2,8	21,7	21,7	0,1	19,5	12,0	7,5
1998	28,2	30,5	-2,3	21,6	21,5	0,1	19,2	11,7	7,5
1999	29,2	31,0	-1,8	21,8	21,6	0,3	19,2	11,6	7,6
2000 ^c	29,2	30,5	-1,4	21,5	21,4	0,0	19,0	11,4	7,6
2001	27,9	30,6	-2,6	21,6	21,7	-0,1	19,1	11,4	7,6
2002	28,0	30,6	-2,6	21,8	21,8	0,0	19,0	11,4	7,6
2003	28,1	29,8	-1,8	21,8	21,7	0,1	18,6	11,1	7,5
2004	27,9	29,0	-1,1	21,7	21,7	0,0	18,3	10,9	7,4
2005	26,9	28,3	-1,3	21,6	21,6	0,0	18,0	10,6	7,4
2006	27,3	27,5	-0,3	21,5	21,5	0,0	17,7	10,4	7,3

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – ^b Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehem. DDR (per saldo 119,4 Mrd. Euro). – ^c Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Projektion des IWH.

barungen im Finanzplanungsrat vom 21. März dieses Jahres waren ein erster Schritt in diese Richtung. Die Länder stimmten zu, den Anstieg ihrer Ausgaben auf durchschnittlich 1% zu begrenzen und dabei die Entwicklungen auf kommunaler Ebene mit einzubeziehen. Ein Schwachpunkt dieser Vereinbarung liegt darin, dass dabei auf die Gesamtheit der Länder abgestellt wird und das Kriterium für eine vertikale Verteilung der Ausgabenspielräume nicht festgelegt wurde.²⁶ Zieht man Parallelen zu den Auseinandersetzungen der Länder über die Ausgestaltung des Länderfinanzaus-

gleichs, dann lassen sich Zweifel über eine Einhaltung der Quote nicht von der Hand weisen.

Einen weiteren Handlungsträger stellen die Sozialversicherungen dar. Diese können aus institutionellen Gründen zwar lediglich temporäre Defizite aufweisen, denn solche ziehen letztlich die Erhöhung des Beitragssatzes nach sich. Neben den negativen Konsequenzen, die sich daraus für die Entwicklung der Lohnnebenkosten ergeben, hat dies aber auch direkte Auswirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften. Beispielsweise ist der Bundeszuschuss an die Gesetzliche Rentenversicherung an die Entwicklung des Beitragssatzes gekoppelt. Steigt letzterer, muss auch der allgemeine Bundeszuschuss erhöht werden.

²⁶ Vgl. VESPER, D.: Ein nationaler Stabilitätspakt – aber wie?, in: DIW Berlin, Wochenbericht, Nr. 8/2002; S. 121-126.

Ceteris paribus erhöht sich so das Defizit des Bundes. Außerdem ist zur Entlastung der Rentenversicherung beschlossen worden, einen zusätzlichen Bundeszuschuss einzuführen. Zur Finanzierung erhöhte der Bund die ihm zufließende Mineralölsteuer (Ökosteuerreform). Aber auch in die andere Richtung werden Einnahmen und Ausgaben verschoben. Exemplarisch sei auf die Herabsetzung der Krankenkassenbeiträge für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe verwiesen, was den Bundeshaushalt entlastet. Änderungen dieser Art waren in den letzten Jahren häufig und ließen die innerstaatlichen Finanzbeziehungen zunehmend intransparent erscheinen.

Dennoch lässt die Entwicklung der Einnahmen- und Ausgabenstrukturen von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Schlüsse zu. Während die Sozialversicherungen im Jahr 1991 noch 39% der gesamten Staatsausgaben für sich in Anspruch nahmen, lag ihr Anteil im Jahr 2001 bei knapp 45%. Zum Ende des Projektionszeitraums wird ihr Anteil sogar auf 47,4% veranschlagt, was nicht zuletzt eine Folge des bei den Gebietskörperschaften unterstellten Konsolidierungskurses ist.

Tabelle 3 zeigt, dass die Ausgaben der Sozialversicherungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1991 bei 18,4% lagen, im Jahr 2001 allerdings bei 21,7%. Am Ende des Projektionszeitraums wird damit gerechnet, dass sie bei 21 ½% liegen. Die Einnahmen betragen im Jahr 1991 noch 19,1%, im Jahr 2001 hingegen 21,5%, wo sie sich bis zum Ende des Projektionszeitraums einpendeln. Bei den Gebietskörperschaften zeigt sich hingegen bei den Einnahmen eine relative Konstanz. Die Ausgaben sind in diesem Zeitraum in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 31,2% auf 30,8% im Jahr 2001 gesunken und werden am Ende des Projektionszeitraums nur noch bei 27 ½% liegen.

Ein großer Teil der gesellschaftlichen Umverteilung findet über die Sozialversicherungen statt und es ist offensichtlich, dass der Umfang distributiver Maßnahmen zugenommen hat. Da der Staat nur in begrenztem Ausmaß auf finanzielle Ressourcen zurückgreifen kann, geht damit der Finanzrahmen, der für andere Zwecke – wie beispielsweise für Investitionen, Forschung und Bil-

dung – zur Verfügung steht, zurück. Der strukturelle Reformbedarf, wie er durch die Arbeitsmarktentwicklung, den immer weiter steigenden Beitragssatz zur Rentenversicherung oder die Kostenexplosion im Gesundheitswesen angezeigt wird, ist groß. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen wird dadurch auch weiterhin belastet.

Fazit

Die Regierung steckt in einer Zwickmühle. Zwar besteht zwischen der eher kurzfristig orientierten Haushaltspolitik und der eher mittel- bis langfristig orientierten Finanzpolitik grundsätzlich ein Zielkonflikt. Jetzt ist die Lage aber dadurch gekennzeichnet, dass den haushaltspolitischen Anforderungen ein Primat eingeräumt wird.

Die Kosten der Konsolidierung steigen dabei mit der Verkürzung der Konsolidierungsperiode und einem Konsolidierungskurs, der die gesamtwirtschaftliche Entwicklung missachtet. Dennoch: Mit der Selbstbindung vom Frühjahr hat sich die Finanzpolitik in eine Situation manövriert, in der sie keine Alternative mehr hat.

So ist auch die Zielverfehlung, wie sie sich als Ergebnis der Projektion zeigt, nicht auf einen mangelnden Willen der Politik zurückzuführen. Sie weist nur eindrucksvoll auf die Schwierigkeit dieses Vorhabens hin. Die Pläne sind ehrgeizig und werden nur unter großen – größeren als in der Projektion veranschlagten – Einsparungen umzusetzen sein. Eine qualitative Konsolidierung wird zumindest erschwert, wenn nicht gar verhindert. Gestaltende Finanzpolitik in diesem Bereich ist nicht kostenlos, sondern zieht Ausgaben nach sich. Diese belasten die Budgets zwar nur kurzfristig und entlasten sie in mittlerer Frist. Jedoch ist es die kurze Frist, auf die Konsolidierung abstellt.

*Kristina van Deuverden
(Kristina.vanDeuverden@iwh-halle.de)*

Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen

In letzter Zeit werden traditionelle Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Fortbildung zunehmend durch die direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung, das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und Maßnahmen der Freien Förderung ergänzt. Der überwiegende Teil der Personen in diesen Maßnahmekomplexen wurde in der bisherigen Arbeitsmarktbilanz nicht explizit ausgewiesen oder war überhaupt nicht erfasst. Im vorliegenden Beitrag werden diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kurz erläutert und ihre Darstellung in der modifizierten Arbeitsmarktbilanz des IWH am Beispiel Ostdeutschlands beschrieben. Insgesamt wird dadurch das Ausmaß arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen transparenter. Der modifizierte Aufbau der Arbeitsmarktbilanz führt jedoch dazu, dass die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Tabellen eingeschränkt ist.

Gegen die hohe Arbeitslosigkeit wird eine Vielzahl von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Programmen angewendet. Dabei kommt neben traditionellen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Struktur Anpassungsmaßnahmen, Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und Vorruhestandsregelungen eine Reihe weiterer Instrumente zum Einsatz. Dazu gehören in letzter Zeit insbesondere die direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP) und die so genannte Freie Förderung. Dabei handelt es sich bei dem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und bei der Freien Förderung um relativ neue arbeitsmarktpolitische Instrumente, deren Bedeutung allerdings rasch zugenommen hat.

In der regelmäßig veröffentlichten Arbeitsmarktbilanz des IWH wurden bisher nur die traditionellen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik erfasst. Neuere Maßnahmen wurden zum größten Teil nicht explizit ausgewiesen bzw. waren überhaupt nicht enthalten. Damit blieben sie bei der Beurteilung des Umfangs und der Struktur der Arbeitsmarktpolitik unberücksichtigt. Das hatte zur

Folge, dass das Ausmaß staatlicher Eingriffe in der Arbeitsmarktbilanz des IWH unterschätzt wurde. Mit einer Modifizierung der Arbeitsmarktbilanz soll dieses Problem behoben werden.

Im Folgenden werden zunächst die wichtigsten dieser Instrumente kurz skizziert, ohne dabei auf die Ausgestaltung der Maßnahmen im Detail einzugehen.²⁷ Anschließend werden ihre Darstellung in der etwas modifizierten Arbeitsmarktbilanz des IWH beschrieben und die Konsequenzen für die Beurteilung des Ausmaßes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen am Beispiel Ostdeutschlands aufgezeigt.

Bisher in der Arbeitsmarktbilanz nicht explizit ausgewiesene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung

Die so genannten direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse dienen vorrangig zur Stützung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- *Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen:* Darunter werden zeitlich befristete Lohnkostenzuschüsse an Wirtschaftsunternehmen verstanden, die sie für die zusätzliche Einstellung arbeitsloser Arbeitnehmer mit Leistungsansprüchen erhalten. Diese Maßnahmen kommen für Arbeitnehmer in Frage, die langzeitarbeitslos oder behindert sind beziehungsweise das 50. Lebensjahr überschritten haben. Im Jahr 2001 waren in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost) etwa 22 000 Personen in derartigen Maßnahmen tätig (vgl. Tabelle 1).
- *Eingliederungszuschuss zum Ausgleich von Minderleistung:* Zur Eingliederung von Arbeitnehmern, die vom Gesetzgeber als förderungsbedürftig definiert sind, kann die Bundesanstalt für Arbeit Eingliederungszuschüsse zu den Arbeitsentgelten zum Ausgleich von Minderleistungen gewähren. Im vergangenen Jahr wurden ca. 50 000 Personen durch Eingliederungszuschüsse begünstigt.

²⁷ Vgl. BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT: Was? Wie viel? Wer? Nürnberg 2002, Sozialgesetzbuch III.

Tabelle 1:

Gegenüberstellung der bisherigen und der revidierten Arbeitsmarktbilanz am Beispiel Ostdeutschland für das Jahr 2001*

		bisher	revidiert
		in 1 000 Personen	
1	Erwerbsfähige ^a	9 688	9 688
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 799	5 799
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	5 626	5 648
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt^b</i> [(4a)+(4b)+(4c)+(4d)+(4e)+(4f)+(4g)+(4h)]		148
4a	<i>Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen</i>		22
4b	<i>Eingliederungszuschüsse</i>		50
4c	<i>Eingliederungszuschuss bei Neugründungen</i>		5
4d	<i>Eingliederungsverträge</i>		0
4e	<i>Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose</i>		12
4f	<i>Überbrückungsgeld</i>		13
4g	<i>Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit</i>		32
4h	<i>Freie Förderung</i>		14
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(3)-(4)]</i>		5 500
6	Pendlersaldo	-385	-385
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 184	6 184
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	6 011	6 033
9	<i>darunter:</i> <i>Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(8)-(4)]</i>		5 885
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 697	1 699
11	<i>Arbeitslose</i>	1 259	1 259
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]</i>	438	440
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	35
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	13	13
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	173	151
15a	<i>Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</i>	110	110
15b	<i>Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen</i>	41	41
15c	<i>Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen</i>	22	
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	125	125
17	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	5
18	<i>Vorruheständler^d</i>	81	81
19	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	6	6
20	<i>Teilnehmer in sonstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen^e</i>		24
21	Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(19)]	7 689	7 713
		in % (Inländerkonzept)	
22	Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	79,4	79,6
23	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	62,0	62,3
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(9)/(1)*100]		60,7
25	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	63,8	63,8
26	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	22,1	22,0
27	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	76,3	76,2
28	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)-(14)+(11)+(13)]*100}	17,3	17,3
29	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(21)*100}	5,7	7,6
		in Millionen Stunden	
30	<i>Nachrichtlich:</i> Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)*1000]	9 135	9 135
		in Stunden	
31	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 575,3	1 575,3

*Die Tabellenerläuterungen entsprechen denen von Tabelle 2. Die grau unterlegten Felder markieren die Änderungen in der revidierten Arbeitsmarktbilanz gegenüber der früheren Bilanz.

Anmerkung:

In Klammern sind die Rechenschritte angegeben. Beispiel: Zeile 3 (Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt) ergibt sich aus Zeile 2 (Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)) abzüglich Zeile 15 (Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen).

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2002); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; ab 2002: Prognose des IWH.

- *Einstellungszuschuss bei Neugründung:* Arbeitgeber, die vor nicht mehr als zwei Jahren eine selbständige Tätigkeit aufgenommen haben und höchstens fünf Arbeitnehmer beschäftigen, können für die unbefristete Beschäftigung eines zuvor arbeitslosen förderungsbedürftigen Arbeitnehmers auf einem neuen Arbeitsplatz einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt erhalten. Der Einstellungszuschuss bei Neugründungen ist auf höchstens zwölf Monate in Höhe von 50% des Arbeitsentgelts begrenzt. Derartige Einstellungszuschüsse wurden im Jahr 2001 für durchschnittlich 5 000 Personen gewährt.
- *Eingliederungsvertrag:* Zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und schwer vermittelbaren Personen kann die Bundesanstalt für Arbeit auf der Grundlage eines Eingliederungsvertrages Zuschüsse zum Arbeitsentgelt und den SV-Beiträgen während der Qualifizierung und Einarbeitung zahlen. Außerdem trägt sie das Risiko für Ausfallzeiten in der Einarbeitungszeit. Eingliederungsverträge wurden im vergangenen Jahr nur für eine verschwindend geringe Zahl von Langzeitarbeitslosen abgeschlossen.
- *Beschäftigungshilfen für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen:* Für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen werden von der Bundesanstalt für Arbeit Beschäftigungshilfen gewährt. In Abhängigkeit von der Dauer der vorangegangenen Arbeitslosigkeit werden degressiv gestaffelte Lohnkostenzuschüsse für längstens ein Jahr geleistet. Im Jahr 2001 wurden für durchschnittlich etwa 12 000 Personen Beschäftigungshilfen gewährt.
- *Überbrückungsgeld:* Arbeitnehmer, die durch Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit die Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden, können zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur sozialen Sicherung in der Zeit nach der Existenzgründung für die Dauer von sechs Monaten Überbrückungsgeld in Höhe des Arbeitslosengeldes erhalten. Im Durchschnitt des Jahres 2001 wurde etwa 13 000 Personen Überbrückungsgeld gezahlt.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in Ostdeutschland etwa 102 000 Personen direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung zuteil.

Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

Die Leistungen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit dienen dem Ziel, Bewerbern ohne Ausbildungsplatz und arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildung, eine Qualifizierung oder eine Beschäftigung zu vermitteln. Der Maßnahmenkatalog umfasst zum Beispiel die Förderung des betrieblichen Lehrstellenangebots und der außerbetrieblichen Ausbildung, das Nachholen des Hauptschulabschlusses und Zuschüsse für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Teilnehmer an diesem Programm betrug im vergangenen Jahr ca. 42 000 Personen. Davon zählten schätzungsweise etwa 32 000 Personen zu den Erwerbstätigen, und etwa 10 000 Teilnehmer befanden sich in schulischer oder außerbetrieblicher Ausbildung.

Freie Förderung

Bei der so genannten Freien Förderung können die Arbeitsämter bis zu 10% der im Eingliederungstitel enthaltenen Mittel einsetzen, um die Möglichkeiten der gesetzlich geregelten Leistungen zu erweitern. Damit entscheiden die Arbeitsämter eigenverantwortlich, welche Leistungen sie erbringen und wie sie diese ausgestalten. Entsprechend den Zielen und Grundsätzen des Sozialgesetzbuches III sind die freien Leistungen zur Eingliederung von Ausbildungssuchenden, arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern in das Ausbildungs- und Berufsleben einzusetzen. Im vergangenen Jahr waren in Ostdeutschland durchschnittlich etwa 26 000 Personen in Maßnahmen der Freien Förderung.

Erweiterter Ausweis der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der Arbeitsmarktbilanz

Mit der Einführung neuer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beziehungsweise einer verbesserten Datenbasis wurde die regelmäßig veröffentlichte Arbeitsmarktbilanz überprüft und um diese neuen Maßnahmen erweitert. In der bisherigen Bilanz waren die Teilnehmer an direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung nicht explizit als Teil der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt kenntlich gemacht. Darüber hinaus waren die durch das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die durch die Freie För-

Tabelle 2:
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland

		2000	2001	2002	2003
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige ^a	9 739	9 688	9 624	9 568
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 917	5 799	5 728	5 730
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	5 737	5 648	5 608	5 610
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	149	148	146	146
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(3)-(4)]</i>	5 588	5 500	5 462	5 464
6	Pendlersaldo	-352	-385	-410	-420
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 269	6 184	6 138	6 150
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	6 089	6 033	6 018	6 030
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(8)-(4)]</i>	5 940	5 885	5 872	5 884
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 706	1 699	1 689	1 650
11	<i>Arbeitslose</i>	1 244	1 259	1 270	1 232
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]</i>	462	440	419	418
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	35	35	35
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	12	13	15	12
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	180	151	120	120
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	129	125	125	125
17	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	5	5	5
18	<i>Vorruheständler^d</i>	78	81	85	85
19	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	5	6	8	10
20	<i>Teilnehmer in sonstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen^e</i>	18	24	26	26
21	Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(19)]	7 778	7 713	7 684	7 658
		in % (Inländerkonzept)			
22	Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	79,9	79,6	79,8	80,0
23	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	62,5	62,3	62,5	63,0
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(9)/(1)*100]	61,0	60,7	61,0	61,5
25	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,4	63,8	63,8	64,3
26	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	21,9	22,0	22,0	21,5
27	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	75,0	76,2	77,3	76,8
28	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)-(14)+(11)+(13)]*100}	17,0	17,3	17,6	17,1
29	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(21)*100}	7,9	7,6	7,4	7,4
		in Millionen Stunden			
30	<i>Nachrichtlich: Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)*1000]</i>	9 389	9 135	8 963	8 922
		in Stunden			
31	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 586,8	1 575,3	1 564,8	1 557,1

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OFW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^c Einschließlich der traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten.

Anmerkung:

Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist erstmals – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige bisher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen jetzt den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Juni 2002); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH, 2002; Prognose des IWH.

derung begünstigten Personen bisher nicht vollständig in der Bilanz enthalten. Um diese Personengruppen aufnehmen zu können, sind einige Modifikationen im Aufbau der bisherigen Eckdatentabelle notwendig (vgl. Tabelle 1).

Die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt wird nunmehr in zwei Untergruppen dargestellt, zum einen die *Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt* (Zeile 4) und zum anderen die *Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt ohne diese Teilnehmer* (Zeile 5). Die erste Gruppe umfasst die durch direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse begünstigten Arbeitnehmer sowie den Teil der Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und der Freien Förderung, die dem ersten Arbeitsmarkt zuzurechnen sind. Letztere können zur Zeit nur grob geschätzt werden, da eine eindeutige Zuordnung zum ersten oder zweiten Arbeitsmarkt bzw. einer anderen Form der Unterbeschäftigung nicht möglich ist. Die *Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen* (Zeile 15c) sind nicht mehr in der Position *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen)* enthalten, sondern sind nunmehr Teil der *direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt* (Zeile 4a). Zur Position *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen* wird nunmehr auch das neue Förderinstrument *Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen* gerechnet, das allerdings bisher kaum in Anspruch genommen wurde. In der neu ausgewiesenen Position *Sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen* (Zeile 20) sind die *Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit* und die *Teilnehmer an Maßnahmen der Freien Förderung* subsumiert, die nicht im ersten Arbeitsmarkt tätig sind.

In der Arbeitsmarktbilanz ist nunmehr auch die Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen angegeben. Sie liegt um 1,6 Prozentpunkte unter der Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt. Erstmals ist auch eine Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen enthalten. Dabei handelt es sich um den prozentualen Anteil der Unterbeschäftigten (ohne registrierte Arbeitslose) und der Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen am Erwerbsper-

sonenpotential (ohne Stille Reserve). Unter Einbeziehung der Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt erhöht sich der von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfasste Personenkreis um fast zwei Prozentpunkte. Alles in allem ist in der modifizierten Arbeitsmarktbilanz der Umfang der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen transparenter dargestellt als bisher. Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist jedoch in einigen Positionen nur eingeschränkt gegeben.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Ostdeutschland bleiben auf hohem Niveau

Infolge des noch geringen Produktionswachstums²⁸ wird die Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland in diesem Jahr auf hohem Niveau fortgeführt. Dazu trägt vor allem die Teilnahme an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt bei, die auch in diesem Jahr von einem Drittel aller in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen tätigen Personen in Anspruch genommen werden (vgl. Tabelle 2). So hängen 2,6% der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt direkt von staatlichen Eingriffen in den Arbeitsmarkt ab. Im engeren Sinne – das heißt ohne die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im ersten Arbeitsmarkt – sind nur 5,46 Mio. Personen im ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland beschäftigt. Bei Einbeziehung der Pendlerströme zwischen Ost- und Westdeutschland erhöht sich diese Zahl auf fast 5,88 Mio. Personen.

Wird im kommenden Jahr der Umfang arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf dem Niveau dieses Jahres beibehalten, so werden etwa 4,6% der Erwerbstätigen in Ostdeutschland von staatlichen Maßnahmen im ersten bzw. zweiten Arbeitsmarkt abhängen.

Hans-Ulrich Brautzsch

(Hans-Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

Gabriele Hardt

(Gabriele.Hardt@iwh-halle.de)

Birgit Schultz

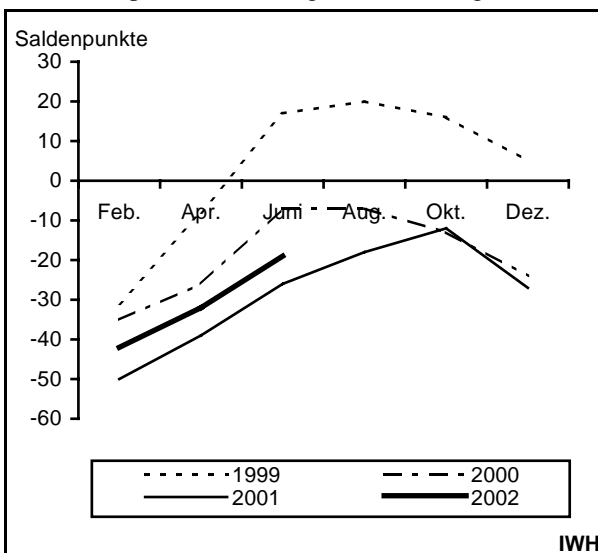
(Birgit.Schultz@iwh-halle.de)

²⁸ Vgl. LUDWIG, U.; BRAUTZSCH, H.-U.; GRUNERT, R.; HASCHKE, I.; LOOSE, B.: Ostdeutsche Wirtschaft 2002 und 2003: Schwäche wird überwunden, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2002, S. 248-265.

Ostdeutsches Baugewerbe im Juni 2002: Lage und Aussichten auf niedrigem Niveau leicht verbessert

Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe stellt sich laut Umfrage des IWH unter 300 Unternehmen auch im Juni 2002 etwas günstiger dar als vor Jahresfrist. Vor allem im Bauhauptgewerbe lässt die Unzufriedenheit nach. Sowohl die Geschäftslage und als auch die Geschäftsaussichten werden von den beteiligten Hoch- und Tiefbauunternehmen nicht mehr ganz so schlecht bewertet wie im Juni 2001. Dagegen ist die sonst übliche Aufhellung im Sommer bisher an den Ausbauunternehmen vorbei gegangen.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

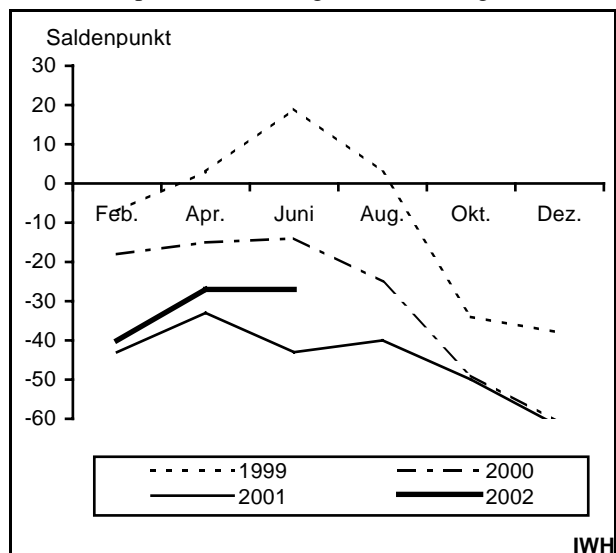


Quelle: IWH-Bauumfragen.

Im Bauhauptgewerbe hat sich nicht nur die im Frühjahr begonnene Aufwärtsbewegung im Juni fortgesetzt, die *Geschäftslage* wurde sogar um zwanzig Saldenpunkte besser eingeschätzt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Allerdings befinden sich die Pessimisten nach wie vor in der Überzahl. Die leichte Belebung steht im Einklang mit den jüngsten amtlichen Konjunkturdaten, wonach die Ordertätigkeit im Bauhauptgewerbe in saisonbereinigter und geglätteter Betrachtung nun bereits das dritte Mal in Folge gegenüber dem Vormonat leicht zulegt. Neben dem öffentlichen Bau haben dazu vor allem größere Hoch- und

Tiefbauprojekte der gewerblichen Wirtschaft und hier insbesondere von Bahn und Post beigetragen. Vor diesem Hintergrund ist laut IWH-Umfrage bei den vorwiegend im Hoch- und Tiefbau tätigen großen und mittleren Unternehmen ein Stimmungsanstieg zu beobachten. Demgegenüber dominieren angesichts einer anhaltend rückläufigen Ordertätigkeit im Wohnungsbau bei den kleineren, vorwiegend im Ausbau tätigen Unternehmen bzw. Handwerksbetrieben die negativen Urteile deutlicher als noch vor einem Jahr. Dabei hält im Bau-

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

handwerk die in der vorangegangenen Befragung vom April zu beobachtende extreme Häufung am negativen Rand mit knapp einem Drittel „schlechter“ Wertungen weiterhin an.

Bei den *Geschäftserwartungen* bis zum Herbst dieses Jahres präsentiert sich das Bauhauptgewerbe ebenfalls in einem nicht mehr ganz so ungünstigen Licht, wenn auch die Negativurteile weiter überwiegen. Im Ausbaugewerbe hält sich die Skepsis in etwa auf dem niedrigen Niveau vom Vorjahr.

Die nachlassende Unzufriedenheit der Unternehmen signalisiert wohl zum einen, dass es auf der Angebotsseite Bereinigungen durch Ausscheiden

insolventer Unternehmen gegeben hat. Zum anderen resultiert sie aus den von Einzelprojekten im öffentlichen und gewerblichen Bau ausgehenden Nachfrageimpulsen. Da Letztere schon wegen der Konsolidierungszwänge der öffentlichen Hand nicht von Dauer sein werden, dürfte es in diesem Jahr

trotzdem zu einer weiteren Abnahme der Bautätigkeit kommen, wenn auch in verlangsamtem Tempo.

Brigitte Loose
Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – Juni 2002

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juni 01	Apr 02	Juni 02	Juni 01	Apr 02	Juni 02	Juni 01	Apr 02	Juni 02	Juni 01	Apr 02	Juni 02	Juni 01	Apr 02	Juni 02
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	9	12	11	28	22	29	49	44	41	14	22	19	-26	-32	-19
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	5	10	9	27	23	33	54	43	40	14	24	18	-36	-33	-16
darunter ^b															
Hochbau	4	9	10	28	23	32	51	38	36	16	30	22	-35	-35	-16
Tiefbau	7	12	9	25	25	33	59	50	44	9	13	14	-36	-27	-15
Ausbaugewerbe	17	15	15	31	20	22	38	44	43	14	21	20	-4	-29	-26
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	17	13	13	31	23	28	35	39	38	17	25	21	-4	-28	-18
20 bis 249 Beschäftigte	7	13	12	28	21	29	52	43	40	13	23	20	-30	-32	-19
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	22	40	33	67	60	67	11	0	0	-56	-20	-33
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	6	10	10	29	25	36	52	44	39	13	21	15	-31	-30	-7
Neugründungen	8	13	10	29	21	28	48	43	47	15	24	15	-26	-33	-24
Bauhandwerk	16	15	16	25	14	19	47	39	34	12	32	31	-18	-42	-31
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	7	9	10	21	28	26	56	43	47	15	20	17	-43	-27	-27
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	5	7	8	21	29	28	62	44	49	13	20	15	-49	-28	-27
darunter ^b															
Hochbau	5	8	10	19	25	30	62	44	44	15	21	16	-53	-29	-20
Tiefbau	6	4	6	24	27	26	60	44	55	10	17	13	-41	-22	-37
Ausbaugewerbe	12	13	14	24	25	22	44	41	43	21	21	21	-29	-26	-27
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	15	11	12	24	25	26	40	40	41	21	25	21	-23	-30	-25
20 bis 249 Beschäftigte	6	10	11	21	28	25	59	44	49	15	19	16	-47	-25	-29
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	11	40	50	89	60	50	0	0	0	-78	-20	0
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	3	7	10	25	34	29	61	42	52	12	17	10	-46	-18	-23
Neugründungen	8	10	11	22	23	26	57	48	49	14	19	14	-41	-34	-25
Bauhandwerk	13	9	10	21	20	24	45	45	33	21	26	33	-32	-42	-31

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. - ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.